

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Karl Dietrich Bracher

Geschichte und Medium

Gedanken zum Verhältnis von Fernsehen  
und Geschichtsbewußtsein

Günther Schmid

Henry Kissinger  
und die deutsche Ostpolitik

Kritische Anmerkungen  
zum ost- und deutschlandpolitischen Teil  
der Kissinger-Memoiren

Hans Arnold

Zur auswärtigen Kulturpolitik

ISSN 0479-611 X

B 8/80

23. Februar 1980

Karl Dietrich Bracher, Prof., Dr. phil., Dr. h. c., geb. 1922 in Stuttgart, Ordinarius für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Bonn.

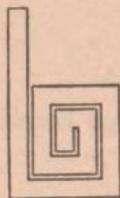
Veröffentlichungen u. a.: Die Auflösung der Weimarer Republik, 1955 (6. Aufl. 1978); Die nationalsozialistische Machtergreifung, 1960 (3. Aufl. 1974); Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur, 1964; Die deutsche Diktatur, 1969 (6. Aufl. 1979); Das deutsche Dilemma, 1971; Schlüsselwörter in der Geschichte, 1978; Die Krise Europas 1917—1975 (Propyläen Geschichte), 1976, Neuausgabe u. d. T. Europa in der Krise. Innengeschichte und Weltpolitik seit 1917 (1979).

Günther Schmid, geb. 1946, Dr. phil. M.A.; Wissenschaftlicher Assistent und Lehrbeauftragter am Seminar für Internationale Politik der Universität München.

Veröffentlichungen: Politik des Ausverkaufs? Die Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel, München 1975, 1979; Beiträge in: Gottfried-Karl Kindermann (Hrsg.), Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung, München 1977; Entscheidung in Bonn. Die Entstehung der Ost- und Deutschlandpolitik 1969/70, Köln 1979, 1980; Some Notes on the Foreign Policy Decision-Making Process in the West German Government, in: The Shaping of West European Foreign Policies, edited by Wilfrid L. Kohl and David Detweiler (Research Institute of The Johns Hopkins University Bologna Center), Occasional Paper No. 25, July 1979.

Hans Arnold, geb. 1923 in München; Studium der Psychologie, Volkskunde und Germanistik; seit 1951 im Auswärtigen Dienst; arbeitete im Auswärtigen Amt in den für Europa-, Deutschland- und Sicherheitspolitik zuständigen Abteilungen und als Leiter des Ministerbüros und war im Ausland in Paris und Washington tätig; von 1968 bis 1972 Botschafter in Den Haag; von 1972 bis 1977 Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt; seit 1977 Botschafter in Rom (Quirinal).

Veröffentlichung u. a.: Kulturexport als Politik, 1976.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Geschichte und Medium

Gedanken zum Verhältnis von Fernsehen  
und Geschichtsbewußtsein

Die folgenden Überlegungen zum Thema Geschichte und Fernsehen gehen von einer Beobachtung aus, die wir im Verlauf der letzten zwanzig Jahre immer wieder machen mußten, die uns aber neuerlich — Stichwort: Holocaust-Debatte — wieder besonders bewegt, ob wir nun in Bildung und Wissenschaft, in der Politik oder in den Medien mit Fragen der Geschichte und des Geschichtsbewußtseins befaßt sind. Wir beobachten die große Diskrepanz zwischen Angebot und Rezeption historischen Wissens, die sich hierzulande auftut, wenn immer die politische Situation den Deutschen Geschichtsverständnis, d. h. Einsicht in den Zusammenhang von Vergangenheit und Gegenwart abverlangt. Und dies angesichts einer Fülle an Dokumentationen und Darstellungen, die im Verlauf der letzten 20—30 Jahre vorgelegt wurden (vgl. Martin Broszat, Holocaust und die Geschichtswissenschaft, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 27 [1979], S. 285 ff.), sowie zahlreicher, immer neuer Bemühungen von Bildungseinrichtungen und Medien.

Es stellen sich vor allem drei Fragen:

Erstens: Welche Schwierigkeiten behindern nach wie vor die unter dem Stichwort „Bewältigung der Vergangenheit“ vorangetriebenen Bemühungen? Wieweit handelt es sich dabei noch immer um ein spezifisch deutsches Problem, ein Problem unserer katastrophalen Geschichtsbrüche? Wir denken an 1918, 1933, 1945, aber auch an die früheren Unterbrechungen der Geschichtsentwicklung, die ein Ausreifen des Nationalstaats und der politischen Kultur durchkreuzt haben: Konfessionsspaltung und Dreißigjähriger Krieg, territoriale Zersplitterung und kleindeutsche Lösung mit imperialem Überhang. Also an das schon sehr viel ältere deutsche Problem, die Identitätsfrage: Was ist des Deutschen Vaterland?

Zweitens: Welche Möglichkeiten und Formen der Vermittlung und der Rezeption von Geschichte bestehen heute? Sind sie nicht im Zeitalter der Kommunikations- und Bildungsexpansion günstiger denn je? Wie werden sie genutzt und welche Erfahrungen sind daraus abzuleiten?

Drittens: Welche Wirkung kommt den indirekten Akzentuierungen und Deutungen geschichtlicher Zusammenhänge im täglichen Programm der Medien zu? Zeigen sich nicht Widersprüche zwischen betont historischen Darstellungen und tagespolitischen Informationen, zwischen wissenschaftlicher Vergewärtigung der Vergangenheit und kulturideologischen Deutungsmustern der Gegenwart, die eher zur Verunsicherung als zur Vertiefung von Geschichtsbewußtsein führen?

In kurzen Antworten sind diese schwierigen Fragen gewiß nicht abzuhandeln. Nachstehend seien aber einige Gesichtspunkte skizziert, die zur Erklärung beitragen könnten.

*Zur ersten Frage: Kontinuität*

Eine Neuorientierung, ja ein Bruch des Geschichtsbewußtseins in Deutschland war nach den Irrwegen und Katastrophen der jüngsten Vergangenheit nicht nur verständlich, sondern geradezu unvermeidlich. Infragestellung und Revision des Geschichtsbilds, nach der nationalen Überspannung der vorangehenden Zeit von vielen Deutschen plötzlich und radikal als Zusammenbruch empfunden, forderte ihnen Anstrengungen ab, die zu einer negativen oder gar agnostischen Haltung, zu Verdrängung statt Aufarbeitung führen konnten. Schroff standen die „Negativlektionen“ der Vergangenheit den Positivlektionen der Gegenwart und den Normallektionen einer kontinuierlichen Geschichte gegenüber. War es nicht eine betonte Erfahrung der Nachkriegszeit, daß das Vermeiden historischer Fehler, die auch in der Weimarer Republik noch nicht voll erkannt waren, die Stabilisierung der Demokratie in der Bundesrepublik ermöglichte? Ein solcher Umgang mit der Geschichte enthielt aber die Gefahr, daß die historische Kontinuität überhaupt in Frage gestellt wurde. Der Geschichtsbruch bedeutete beides: Chance und Hemmnis. Chance zur Offenheit nach vorne, Hemmnis bei der Versicherung einer positiven Aneignung von Geschichte, eines zusammenhängenden Geschichtsbilds.

Im Unterschied zu anderen Völkern und Staaten besitzen die Deutschen nach 1945 kaum

selbstverständliche historische Festpunkte, Daten, historische Überzeugungen (auch der 20. Juli wurde nicht angeeignet). Das beginnt beim Politik- und Nationalverständnis, Nationalbewußtsein und gipfelt in der Frage nach der Identität der Bundesrepublik, die in vielen zweifelnden Rückblicken zum dreißigjährigen Bestehen gerade jetzt wieder aufgeworfen wurde.

Erinnern wir uns:

Inmitten der „deutschen Katastrophe“ von 1945 hatte der damals wohl bedeutendste deutsche Historiker, Friedrich Meinecke, das Ende der politischen Geschichte Deutschlands diagnostiziert: Nur als Kulturnation könne es hoffen, auf absehbare Zeit fortzuexistieren. „Abschied von der bisherigen Geschichte“ hieß auch das Buch des Kultursoziologen Alfred Weber von 1946. Von der Stunde Null sprachen die Publizisten, und eine staatliche Kontinuität erschien politisch wie historisch fragwürdig, mochte sie auch staatsrechtlich postuliert werden. Und als Karl Jaspers nach dem ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik, am Ende der fünfziger Jahre, in seiner streitbaren Schrift „Freiheit und Wiedervereinigung“ die Westdeutschen ermahnte, ihre politische Freiheit über die nationale Einheit zu stellen, da begründete er diese kontroverse These — die auch mit unserer Verfassung in Konflikt gerät —, indem er daran erinnerte, daß das Deutsche Reich als Nationalstaat nur wenig mehr als siebzig Jahre gedauert hat, also eher eine Ausnahmeerscheinung als den Regelfall der deutschen Geschichte bedeutete.

Aber demgegenüber bleibt zu bedenken, welches historische Gewicht gerade jene Epoche besitzt und wie unmittelbar die ungelösten Probleme des gespaltenen Deutschland noch immer mit ihr zusammenhängen. Die deutsche Diskussion darüber ist in vollem Gang geblieben: Bismarck-Zeit und Wilhelminismus, Erster Weltkrieg und Weimarer Republik, Drittes Reich und Zweiter Weltkrieg sind seit der Katastrophe von 1945 in zahllosen Deutungen und in reichhaltigen Spezialuntersuchungen behandelt worden; allein die Bibliographie könnte ein Buch füllen. Freilich ist diese deutsche Diskussion sehr oft in der eigenen Introspektion befangen; sie bleibt immer wieder in den tiefen Widersprüchen stecken, die an den kritischen Punkten und schicksalhaften Weichenstellungen jener kurzen, doch ereignisschwer verdichteten Periode des deutschen Nationalstaats aufbrechen und bis heute ungelöst sind.

Aber auch wenn wir hinter die nationalstaatliche Periode zurückgreifen, ist die Orientie-

rung schwieriger, widerspruchsvoller als in Falle der anderen europäischen Staaten. Die deutsche Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit fehlt vor dem 19. Jahrhundert die durchgehende, zur staatlichen Einheit drängende Zug, und selbst danach bleibt die Identitätsfindung umstritten, schwankend: zwischen den Traditionen der Teilstaaten, zwischen Preußen und Österreich, zwischen groß- und kleindeutscher Form, zwischen Unitarismus und Föderalismus, zwischen Kultur- und Staatsnation, zwischen traditionalem Reichsgedanken und modernem Einheitsstaat. Die Vielfältige gegenüber dem Einheitlichen tritt bei der Suche nach den historischen Entwicklungslinien, nach den Grundlagen von Kontinuitäten hinter und jenseits der Nationalstaatsbildung hervor, die für das heutige Geschichtsbewußtsein (einer geteilten Nation) von besonderer Bedeutung sind.

So ist auch die Aufgabe der Vermittlung schwieriger, anspruchsvoller, als wenn ein einheitliche Entwicklungslinie samt einem in der modernen Nationalgeschichte gipfelnde Geschichtsmythos durchgezogen werden könnte wie bei den älteren und sogar bei den meisten neuen Nationalstaaten. Wann immer dies in Deutschland versucht wurde, in der romantischen und nationalen Geschichtsschreibung und schließlich in der national-imperialen Ideologie des Nationalsozialismus — wie übrigens auch im Faschismus, dem Produkt der italienischen Form einer verspäteten Nation —, dann führte es zur Verkrampfung und Übersteigerung, zu Verfälschungen des Geschichtsbilds.

Die besondere deutsche Situation erfordert im Blick auf diese Erfahrung, daß gerade die Vielfalt und Vielfalt der vernationalstaatlichen Entwicklung bejaht, in ihrer Komplexität dargestellt und in ihrem Reichtum auf allen Gebieten gewürdigt wird. Aber auch das Einheitsstreben seit den Befreiungskriegen von 1813, der gescheiterten Revolution von 1848 und selbst der Reichsgründung von 1871 darf nicht einfach als Fehlentwicklung abgetan oder dämonisiert werden. Sie bildet gerade mit ihrem ambivalenten Gehalt, ihren negativen wie positiven Zügen der Modernisierung den unmittelbaren Erfahrungsschatz im Hintergrund der gegenwärtigen politischen Lage aller Deutschen — in West und Ost. Nicht nur die Katastrophen von 1933 und 1945, auch die erstaunliche Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik als einer freiheitlichen Demokratie — und freilich zugleich das Zwangsgebilde der DDR — ist mit jener Periode der Modernisierung verknüpft, beruht auf ihr.

Aber dabei gilt es freilich die Vielfalt der politischen Entwicklungslinien vor und auch wäh-

rend der scheinbar so definitiven Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert ernst zu nehmen. Es gilt jene unhistorische „Reduktion der Vielfalt zur Einfalt“ (Fritz Stern) zu vermeiden, mit der Nationalisten und Nationalsozialisten, ausländische Vereinfacher und marxistische Monokausalisten in seltsamer Allianz die deutsche Geschichte zum bloßen Auftakt des deutschen Imperialismus, zur Einbahnstraße in den Faschismus verkürzen. Dies ist wichtig, wenn wir uns mit der Tatsache auseinandersetzen, daß das Deutschlandbild eines großen Teils der gegenwärtigen Menschheit von Adolf Hitler geschaffen wurde. Aber die deutsche Geschichte hat nicht mit Hitler begonnen und hat auch nicht mit Hitler geendet.

### *Zur zweiten Frage: Darstellung*

Damit sind wir bei der Frage nach der Vermittlung von Geschichte und nach den besonderen deutschen Bedingungen, die als Chance und Hemmnis zugleich wirken — aber auch bei der Frage nach den Möglichkeiten, die die Medien eröffnen, und den damit verbundenen Problemen. Das beginnt mit den historischen Themen und Festpunkten, die für eine Vergewärtigung der Geschichte zugleich als Auswahlkriterien und als Kontrast zur Gegenwart wichtig sind, gerade auch im Hinblick auf die große Wirkung des Mediums Fernsehen. Dabei geht es natürlich auch um den alten und neuen Streit der Historiker, ob stärker biographische oder sozial- und strukturgeschichtliche Aspekte berücksichtigt werden. Aber das scheint mir hier ein eher sekundäres Problem: Sowohl die Geschichte großer Gestalten als auch die heute so viel gefragte Gesellschaftsgeschichte kann das historische und politische Verständnis wecken, und das Fernsehen besitzt die Mittel, beidem gerecht zu werden.

Wichtiger ist die Auswahl der Perioden und Zusammenhänge, die ein Gefühl für Kontinuität vermitteln und damit historisches Selbstverständnis überhaupt ermöglichen können. Allzu kurzatmig wirkt dabei freilich das heute so modische Bemühen, im Interesse einer Festigung demokratischen Bewußtseins z. B. weit auseinanderliegende Fälle von Rebellionen isolierend zu behandeln. Das kann auf eine statische Politiklektion hinauslaufen, der gerade die geschichtliche Dimension, der differenzierende Sinn für die verschiedenen Möglichkeiten und die vielfältigen Bedingungen historischer Entscheidung fehlt. Die wichtige Auseinandersetzung mit Revolutionsgeschichte erfordert weniger eine punktuelle Darstellung der Ereignisse als vielmehr das

Verständlichmachen von Voraussetzungen und Alternativen des Geschehens, das den Sinn für die Mehrdimensionalität möglicher geschichtlicher Entwicklungen erweitert und öffnet. Der Blick auf die punktuellen Bruchstellen der Geschichte leistet dagegen der bedenklichen Neigung Vorschub, ein Problem zu verabsolutieren oder zu verkürzen: so wenn z. B. der Blick auf die mißglückte Rebellion des Bauernkriegs beschränkt statt auf den großen Zusammenhang und die weltgeschichtlichen Impulse der Reformationszeit gerichtet wird. Demgegenüber wird in den letzten Jahren, nach den Überspannungen der Veränderungs- und Revolutionsphilosophie auch in der Geschichtsbetrachtung, unter politisch aufgeschlossenen, nicht indoktrinierten Jugendlichen immer dringender nach der Möglichkeit gefragt, solche Gehalte, Beispiele und Perspektiven unserer Geschichte kennenzulernen, die im deutschen wie im europäischen Zusammenhang einen eigenen Standort begründen. Auch für die Begegnung und unvermeidliche Auseinandersetzung mit den Nachbarn, die das deutsche Problem im Hinterkopf haben, bedarf es mehr als der apologetischen Ausweichmanöver entweder in ferne Geschichte oder in materielle Gegenwartserfolge der Bundesrepublik. So gewiß diese mehr Würdigung verdient, als ihr eine unersättliche Selbstkritik zubilligt, so wenig genügt dies gegenüber dem Geschichtsstolz der Nachbarn, auch im eng verflochtenen Westeuropa.

Der deutschen Situation wird freilich nicht ein neuer Nationalstolz gerecht, sondern die politische Aneignung der freiheitlich-demokratischen Werte und Leistungen dieser Staatsgesellschaft; daß sie mehr ist als ein Wunder, ob Wirtschafts- oder Stabilitätswunder, wird erst durch das durchaus geschichtliche Verständnis auch der Eigenart, der Traditionen und Tugenden deutscher Geschichte lange vor und nach der Nazizeit plausibel, begründbar: nicht im Sinne chauvinistischer Abgrenzung eines Nationalcharakters, sondern einer eigenen Standortbestimmung. Warum Deutsche so sind, es so machen, im Positiven wie im Negativen, ist ein geschichtliches Resultat. Ob nun die Geographie, die Ökonomie, die Arbeitshaltung, der soziale Fortschritt oder die industrielle Kompetenz als Kriterium dienen — dahinter stehen doch Jahrhunderte der Erfahrung und Bemühung, der Beharrung und Veränderung, steht eine Kultur- und Geistesgeschichte, in welcher die bürgerlich-freiheitlichen Werte des demokratischen Rechtsstaats angelegt sind, die freilich in der politischen Entwicklung zu kurz kamen.

Das Dritte Reich war kein bloßer Betriebsunfall, aber es bildet auch nicht den einzigen Be-

zugspunkt der deutschen Geschichte. Die schonungslose Auseinandersetzung damit soll gerade frei machen für diese lebensnotwendige Geschichtsoffenheit, Geschichtsbewußtheit.

Die anfangs erwähnten großen „Negativlektionen“ waren gewiß für die ältere Generation bestimmend und zugleich auch motivierend. Dasselbe trifft aber nicht für jene Mehrheit der Bevölkerung zu, die inzwischen nach Nazizeit und Kapitulation herangewachsen ist. Sie steht in einem anderen historisch-politischen Bezugssystem.\*) Ihrem veränderten Erfahrungshorizont entspricht das natürliche Bedürfnis nach positiven Orientierungspunkten auch in einer gebrochenen Geschichte. Lassen wir sie hier im Stich, so müssen wir uns nicht wundern, wenn es zu geschichtslosen Haltungen kommt, die dann Manipulationen ausgesetzt sind, wie sie zumal in den letzten zehn bis zwölf Jahren um sich greifen konnten.

Was die für uns so besonders düstere Zeitgeschichte bis 1945 angeht, so ist hier der Tendenz einer deterministischen Geschichtsbeurteilung entgegenzuwirken, welche die Entwicklung zur Barbarei der „deutschen Diktatur“ als notwendige Konsequenz unserer ganzen neueren Geschichte und Gesellschaft charakterisiert. Demgegenüber gilt es vielmehr, die konkreten Entscheidungen und die mehrspurigen Weichenstellungen zu verdeutlichen. Es geht um die Offenheit der jeweiligen geschichtlichen Situation und die Eigensubstanz der Epoche, die nicht einfach Vorgeschichte der Diktaturen und Weltkriege ist, sondern alternative Möglichkeiten aufweist, die Anknüpfungspunkte für heutige Problemstellungen bieten. Davon zeugt die kulturgeschichtliche Nostalgiewelle, aber auch das sich wandelnde Bismarck-Verständnis, das etwa einen großen Außenpolitiker wie Henry Kissinger unmittelbar beeinflusst. In der Tat kommt nicht nur der Weimarer Republik, sondern der Bismarckzeit, ihrer Vorgeschichte und Nachgeschichte eine zentrale Bedeutung zu.

Ein zweiter Komplex ist die entferntere, gleichwohl gegenwartsbedeutsame Geschichte, die erst die volle Dimension des menschlichen Daseins anschaulich macht: Diesem Komplex wäre etwa auch der Dreißigjährige Krieg mit „Wallenstein“ zuzurechnen. Die Tragweite, die historischen Dramen, wohl auch dem historischen Roman zukommt, tritt dabei besonders hervor: Der Dokumentation sind hier sehr viel engere Grenzen gesetzt als

\*) Vgl. K. D. Bracher, Zwei deutsche Vergangenheiten, in: Die politische Meinung 187 (Dez. 1979), S. 8 ff.

in der neueren Geschichte. Und das gilt auch für den dritten Komplex, den Bereich der antiken Geschichte, deren Bedeutung seit je in der exemplarischen Thematisierung menschlicher Kultur- und Herrschaftserfahrung liegt.

Die Frage der Dramatisierung von Geschichte in *Features* und *Spielfilmen* wirft gewiss schwierige Probleme auf — für den Historiker wie für das Fernsehen. Im Zusammenhang mit Holocaust-Films ist darüber ausgiebig und höchst kontrovers diskutiert worden. Das Bemühen um die Vielschichtigkeit und innere Wahrheit hinter den Fakten, um die innere Beteiligung der Zuschauer bleibt für jede freigestaltende, Geschichte künstlerisch umsetzende Bewältigung historischer Stoffe zentral wichtig. Daran ändert auch die skeptische Beobachtung nichts, „wie wenig selbst starke emotionale Eindrücke die ethische und allgemeine Lebenspraxis zu bestimmen vermögen“ (Dieter Stolte, *Lehren aus Holocaust*). Ich teile die Bedenken gegenüber der Verkürzung des historisch-politischen Rahmens und der vereinfachenden Reduzierung auf wenige Personen und Szenen, ja einer gewissen Trivialisierung des Themas. Aber solche Bedenken müssen doch auch der Tatsache Rechnung tragen, daß es in einer Geschichtsdarstellung für das große Publikum um mehr geht als um intellektuelle oder antiquarische Wissensaneignung.

Geschichte als Gedächtnis der Menschen will ausgesprochen oder nicht, die moralischen Wertfragen zur Anschauung und Entscheidung stellen, die zur Orientierung und Ortsbestimmung der Gegenwart beitragen. Und hier besitzt die emotionelle Komponente der geschichtlichen Anschauung, das Angebot zur Identifikation mit menschlichen und politisch-gesellschaftlichen Schicksalen, eine wesentliche Bedeutung. Gerade unser zerspaltenes, verunsichertes Bild der Vergangenheit verlangt danach, daß hinter den Dokumenten auch die menschliche Dimension, das menschlich Verständliche wie das Unverständliche erscheint, daß die Bedeutung nicht nur *des* Staates und *der* Gesellschaft oder *der* Klassen und *der* Nation, sondern die Empfindungen des einzelnen, der Familie, der namenlosen Durchschnittsbürger ebenso wie der geschichtlichen Figuren verständlich, nachfühlbar gemacht werden. Hier liegt die Chance der Literatur und des Films, die Chance des Fernsehens zumal, das über die verschiedenen Darstellungsformen verfügt.

Hier liegt freilich auch die Notwendigkeit, falscher Emotionalisierung und Akzentuierung zu steuern und natürlich sachliche Fehler zu vermeiden. Ganz ohne die Begleitung durch den Historiker geht es nicht, wie gemischt auch

die Erfahrungen sein mögen, die das Medium mit diesen zuweilen eigensinnigen Fachleuten gemacht hat. Das böte auch den Vorteil, daß die sehr reiche neueste Forschung viel unmittelbarer und substantieller aufgenommen, umgesetzt, verbreitet werden könnte (als durch gelegentliche, meist dürftige TV-Buchrezensionen). Dem Anspruch auf kompetente Geschichtsvermittlung müßte die Bereitschaft entsprechen, eine laufende Beratung aller geschichtsrelevanten Projekte in regelmäßiger Folge, vielleicht in Beiratsform, zu gewährleisten. Die gelegentliche Beiziehung von Historikern zur Diskussion oder zu Statements — gekürzt, abgeschnitten zumeist — genügt nicht, weil es hier eben nicht nur um die mediengerechte Aufbereitung durch Fernsehspezialisten gehen kann, sondern mehr Gleichgewicht zwischen Machern und Forschern vonnöten scheint. Nicht nur der im allgemeinen doch wohl eher als unbefriedigend empfundene Verlauf der Diskussion im Anschluß an die Holocaust-Sendungen scheint mir dafür zu sprechen, daß auch die Frage der Moderation von ganz entscheidender Bedeutung ist — und höchste sachliche Qualifikation erfordert.

Gute Spielfilme sind nun gewiß ein Glücksfall. Sie bilden aber einen unerläßlichen Bestandteil jeder Bemühung um ein film- und fernsehgewohntes Publikum. Natürlich machen sie die geduldige Beschäftigung mit der Geschichte, das weitere Nachfragen nicht überflüssig. Im Gegenteil! Aber sie können anrühren und anregen, zur tiefergehenden persönlichen Auseinandersetzung veranlassen. Wenn es die einzige Begegnung mit dem Thema bleibt, so mag dies bedauerlich, vielleicht auch gefährlich sein — bei nationalistischer oder ideologischer Verzerrung, auch bei allzu starker Vereinfachung, bei Heroisierung oder Dämonisierung der Großen der Geschichte. Aber es ist nicht zu verkennen, daß dieser „triviale“ Weg für viele, vielleicht die meisten den einzigen Zugang zu Geschichte überhaupt öffnet. Lektionen sind gut, Erleben ist besser — und jedenfalls unersetzlich, weil es über die Lernwilligen hinausgreift.

### *Zur dritten Frage: Deutung*

Einen weiteren Streitpunkt bildet schließlich das problematische Verhältnis zwischen Geschichts- und Zeitsendungen. Diese Frage verdient, wie ich meine, besondere Beachtung, ist freilich auch besonders komplex, weil sie notwendig über die bloße Betrachtung von direkten Geschichtsdarstellungen hinausführt. Wir beobachten etwa im Gespräch mit Studenten, daß das Bemühen um die Vermittlung historischer Einsichten und Maßstäbe in Geschichts-

sendungen ganz wesentlich tangiert wird durch die metahistorische Wirkung von tages- und weltpolitischen Sendungen. Das ist nur natürlich. Es genügt deshalb nicht, allein die Qualität konkreter Geschichtsdarstellungen zu erörtern. Zu bedenken ist auch die indirekte Mit- oder Gegenwirkung von Akzentuierungen, Wertungen und Deutungen in der aktuell-zeitgeschichtlichen, täglichen Berichterstattung, in Kommentaren und Magazinen.

Für Diktaturen, die sich der Rolle und Wirkung der Medien als gestaltender und manipulierender Kraft bei der Formung des gegenwärtigen Geschichtsbilds bewußt sind und sich im Besitz der totalen Wahrheit wähnen, ist das selbstverständlich. Anders im demokratischen Westen. Bei uns herrscht der Glaube, daß sich wohl am ehesten ein ausgewogenes, zeitgenössisches Geschichtsbild einbürgere, wenn in liberalem Vertrauen auf die Vielfalt des demokratischen Meinungsspektrums der Berichterstattung und Kommentierung ein möglichst großer Freiraum überlassen werde. Diesem laissez-faire liegt auch verständliche Furcht von irgendeiner Form von Zensur oder Dirigismus zugrunde. Aber dabei kann es zu gewollten oder ungewollten Akzentverschiebungen kommen, die man nicht steuern kann, ohne sich dem Vorwurf der Illiberalität auszusetzen. In den Jahren seit Vietnam erlebten wir eine überhitzte Berichterstattung über radikale Befreiungsbewegungen und diktatorische Revolutionen, über antikapitalistische und auch zunehmend anti-israelische Entwicklungen. Sie durchdrang Nachrichten- und Informationssendungen in unverhältnismäßiger Breite — einseitig auch, weil eine ähnlich kritische Bild-Information und Durchleuchtung der kommunistischen oder revolutionären Seite des Geschehens (und deren historisch-politischen und menschlichen Hintergründen) nicht ebenso offen geboten wurde. Die totalitäre Drohung, die Haupterfahrung unseres Jahrhunderts, verschwand auf diese Weise mehr und mehr aus dem allgemeinen Bewußtsein — oder wurde gar wieder zur „totalitären Versuchung“, um das Wort von Jean-Francois Revel zu zitieren.

Diese verdeckte, unvermeidlich oft einseitige Form der täglichen Politiklektion kann stärker auf das rudimentäre Geschichtsverständnis der Hörer und Seher durchschlagen als viele sorgfältige, doch scheinbar fernabliegende Geschichtsdarstellungen noch so guter Qualität. Die Verantwortung und Sorgfaltspflicht derer, die Information über Tagesereignisse sichten und einordnen, ihren Umfang und ihr Gewicht für Nachrichten oder Magazinsendungen bestimmen oder gar ihre Bewertung im politi-

schen — und dabei notwendig auch historischen — Zusammenhang vornehmen, wiegt hier noch schwerer als die wissenschaftliche Verantwortung eines Historikers, schon weil man es im Fernsehen nicht mit vorbereiteten, geduldigen Lesern, sondern mit einem meist unvorbereiteten, nur punktuell aufmerksamen Massenpublikum zu tun hat — und zwar gerade in den Tagessendungen.

Aber mehr noch: Die suggestive Wirkung des Fernsehens, seine Chance und zugleich seine Gefahr, liegt in der scheinbar authentischen, quasi dokumentarischen Darbietungs- oder Darstellungsform. Das Leben selber bewegt sich auf dem Schirm, das gegenwärtige und vergangene: die Wahrheit scheint handgreiflich. Das historische Buch dagegen kann nur Geschehen übersetzen, Quellen zur Vertiefung anbieten, nie die Ereignisse selbst abbilden, sie unmittelbar ins Wohnzimmer bringen\*).

Angesichts dieser Überzeugungskraft wird der Umstand vergessen oder überspielt, daß Auswahl, Gewichtung und Interpretation gerade in einem solchen Fall sehr viel schwerer wiegen und die Realität stärker zeichnen oder verzeichnen können als ein noch so einseitiges Geschichtsbuch, dem jederzeit ein anderes zur Seite oder entgegengestellt werden kann, wenn man schon beim Lesen ist. Der Begleitertüre und auch den Programmheften zu historischen Sendungen kommt darum hohe Be-

\*) Ein jüngstes Beispiel ist der dreiteilige Schweizer Fernsehfilm „Wach auf, Schweizervolk“, zu dessen Darstellung der NS-Zeit in der Deutschschweiz ein informativ kritischer Artikel der Neuen Zürcher Zeitung (Nr. 24 vom 31. 1. 1980, S. 42) treffend bemerkt: „Gerade unter solchen Gesichtspunkten stellt sich schließlich die Frage nach den Grenzen der Darstellungsmöglichkeiten des Fernsehens. Die Television ist ein bestimmtes Mittel der Massenkommunikation; sie hat, wie jedes Medium, Vorzüge und Schwächen. Die Serie „Wach auf, Schweizervolk“ hat Mängel und Verzeichnungsmöglichkeiten des Fernsehens deutlich demonstriert. Das den Gestaltern zur Verfügung stehende dokumentarische Material, vor allem alte Filme, Wochenschauen usw. war nur in recht unterschiedlicher und zufälliger Auswahl vorhanden. Für einige Bereiche gibt es kaum Brauchbares. Existiert aber irgendwo etwas, beispielsweise ein Film über einen Frontaufmarsch oder ein antikommunistisches Pamphlet, so muß dieses Material fast zwangsweise übernommen werden. Ereignisse, die sich damals am Rand des öffentlichen Geschehens abgespielt haben, erhalten damit in der neuen Optik ein Gewicht, das sie in Tat und Wahrheit niemals hatten.“

Hier müßte ergänzend zum Bild das Wort die richtigen Proportionen herstellen. Aber jeder korrigierend eingreifende Kommentar hätte es schwer, gegen die Macht des Bildes anzukommen. Jeder Gestalter unterliegt hier automatisch einem medien-gesetzlichen Zwang. Ihm zu begegnen ist nur möglich, wenn das zu gestaltende Thema wirklich fundiert behandelt wird.“

deutung zu. Aber solche Hilfestellungen und Korrekturen sind nicht möglich bei der Vergewärtigung der Weltpolitik, ihrer ausgewählten Darstellung und Deutung, ihrer punktuellen, klischeehaften Wirkung auf ein lükenhaftes, defizientes Geschichtsverständnis des Millionenpublikums. Auch die Diskrepanz zwischen Wort und Bild oder die Überdeckung des Mangels an authentischem Material durch bloße Illustration kann irreführende Wirkung haben.

Es mag umstritten sein, welche Schlüsse hinsichtlich der wünschenswerten Ausbildung und Qualifikation der verantwortlichen Journalisten und Redakteure daraus zu ziehen sind. Auch ist die Meinungsvielfalt gewiß eine *conditio sine qua non* unseres freiheitlichen Medienverständnisses. Aber mit der Bemühung um Ausgewogenheit ist es nicht getan, wenn nicht zugleich bei allen geschichtsrelevanten Zeitsendungen, wie bei Geschichtsdarstellungen selbst, zum Gebot der Objektivität auch die Möglichkeit der öffentlichen Korrektur durch Diskussion und Gegenmeinung kommt. Was sich beim gedruckten Wort in Wissenschaft und Publizistik von selbst versteht, sollte beim gehörten und bebilderten Wort nicht fehlen — auch weil dies zur Sorgfalt und Verantwortung erzieht, wie jeder Buchautor erfahren muß.

Daß Zeitsendungen auf historisches Bewußtsein stärker wirken als Geschichtssendungen, macht sie zu einer Art ständigen, wenn auch sprunghaften Geschichtsunterrichts, der zudem mit dem besonderen Anspruch authentischer Wahrheit ausgestattet ist. Um so mehr können Widersprüche zwischen historischer Darstellung und politischer Information zur Verunsicherung oder zur Verzerrung des Geschichtsverständnisses führen. Die oft beklagte Eindimensionalität der Zeitgenossen, ihr Ausweichen vor der konkreten Geschichte in nostalgische Hobbyzonen der Vergangenheit, hat nicht zuletzt mit dieser Verunsicherung, mit der Kollision oder der Kluft zwischen Politikdeutung und Geschichtswelt zu tun — ein wohl unvermeidliches Dilemma. Um einem Mißverständnis vorzubeugen: Damit soll keinesfalls gesagt werden, daß Geschichtsdarstellungen notwendig objektiver sind als Informationssendungen; oft ist das Gegenteil der Fall. Es geht vielmehr um das Bewußtsein von der engen Verflechtung beider Bereiche.

Ich kann hier nicht näher auf die Fernseh-Wirkungsforschung eingehen, darf jedoch besonders auf die neueste Studie von Reinhold Bergler hinweisen (Psychologie des Fernsehens, Bern 1979). Eines seiner relevanten Ergebnisse

ist, daß die Darstellung von Gewalt zumal auf Jugendliche sich vorwiegend negativ auswirkt und nicht etwa im Sinne einer Katharsis zu sehen ist. Daß nach dieser Untersuchung der Einfluß von TV-Sendungen auf die Lernfähigkeit und Aneignung von Werten umstritten bleibt, sollte uns aber nicht entmutigen.

Geschichte und Fernsehen ist ein Problemthema, das mitten in die Kontroversen über Sinn und Möglichkeiten politischer Bildung hineinführt. Leider ist der Wert geschichtlicher Bildung für politisches Denken und Verhalten eine Zeitlang unterschätzt und zugunsten sozialtheoretischer, auch ideologischer Ausrichtung vernachlässigt worden: Beispiele sind die Zurückdrängung des Geschichtsunterrichts und selbst die Veröffentlichungspraxis der Bundeszentrale für politische Bildung. Seit einigen Jahren hat sich das wieder geändert. Die Medien machen bemerkenswerte Anstrengungen, geeignete Formen zu finden, in denen über die spezialisierte Dokumentation hinaus mehr Verständnis für geschichtliche Entwicklung und Kontinuität in den heutigen Zeitgeossen geweckt oder genährt werden kann.

Gewiß bildet die Zeitgeschichte einen wichtigen Ausgangspunkt: In ihr kulminieren die kontroversen Meinungen und Empfindungen, mit denen die deutsche Geschichte nach den tiefen Einbrüchen von 1933 und 1945 belastet bleibt. Aber nicht zuletzt der Generationswechsel macht es nötig und möglich, daß diese Zeitgeschichte nicht für sich oder als Endpunkt, sondern im größeren Zusammenhang der deutschen und europäischen Geschichte der Neuzeit gesehen und begriffen wird. Unsere nationale Problematik, welche die Relativität nationalstaatlicher Geschichte zum Bewußtsein bringt, enthält das Gebot und die Chance einer Weltoffenheit, von der die Bundesrepublik lebt: Ihre ökonomische Stärke ist krisenanfällig, vordergründig; sie bedarf der geistigen, der historischen Dimension. Es geht um das Vermögen, die europäischen und kosmopolitischen Ansätze ebenso wie die föderalen und Selbstverwaltungstraditionen als geschichtliche Werte aufzusuchen und zu vergegenwärtigen. Der Nationalstaat ist nicht letzte Instanz; aber dies kann nicht Verzicht auf geschichtliches Bewußtsein, Geschichtslosigkeit heißen — im Gegenteil.

Das alles erfordert nicht nur umfassendere, weiter zurückgreifende Darstellungen und

Diskussionen. Die Vergegenwärtigung der Geschichte und die auch emotionale, persönliche Anregung zur Wissensvertiefung lebt von dem Anknüpfen an vorhandene, sichtbare Denkmäler, an regionales und lokales Geschichtsinteresse, an das Interesse für die konkreten Lebensumstände früherer Zeiten und Generationen („Nostalgiewelle“), an soziale Veränderungen und kulturelle Werte, gültige und überholte, um so das Bewußtsein dafür zu schärfen, wie vieles, was in vergangenen Jahrhunderten erstrebt und ersehnt wurde — von der Freiheit zur sozialen Gerechtigkeit und zur materiellen Verbesserung —, heute der Verwirklichung näher gerückt ist. Freilich: unter welch furchtbaren Opfern und mit welchen Einbußen an Menschlichkeit, die auch gerade die moderne Zivilisation fordert!

Zu beidem bietet die Geschichte das Anschauungsmaterial, das auch ältere Perioden näher auf die Gegenwart bezieht, wenn sie auf die Grundprobleme der Menschen hin befragt werden. Dafür wird immer wieder zitiert, was vor hundert Jahren Friedrich Nietzsche über den Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben geschrieben hat. Noch lieber halte ich mich an meinen Landsmann Friedrich Schiller, der gerade als Dichter leidenschaftliche Geschichte betrieben und vermittelt hat und den man heute als Drehbuchautor und Berater wohl brauchen könnte. In seiner berühmten Antrittsvorlesung von 1789 über das Studium der Universalgeschichte sagt er:

„Fruchtbar und weit umfassend ist das Gebiet der Geschichte; in ihrem Kreise liegt die ganze moralische Welt. Durch alle Zustände, die der Mensch erlebte, durch alle abwechselnde Gestalten der Meinung, durch seine Torheit und seine Weisheit, seine Verschlimmerung und seine Veredlung, begleitet sie ihn, von allem, was er sich *nahm* und *gab*, muß sie Rechenschaft ablegen. Es ist keiner unter Ihnen allen [zum Publikum], dem Geschichte nicht etwas Wichtiges zu sagen hätte; alle noch so verschiedene Bahnen Ihrer künftigen Bestimmung verknüpfen sich irgendwo mit derselben; aber eine Bestimmung teilen sie alle auf gleiche Weise miteinander, diejenige, welche Sie auf die Welt mitbrachten — sich als Menschen auszubilden — und zu dem Menschen eben redet die Geschichte.“

(Schillers Werke, Insel Verlag, 1966, Bd. 4, S. 421)

## Henry Kissinger und die deutsche Ostpolitik

### Kritische Anmerkungen zum ost- und deutschlandpolitischen Teil der Kissinger-Memoiren \*)

#### Kissingers Erinnerungen: Anspruch — Stellenwert — Realität

Vietnam und Kambodscha, China und die Sowjetunion — nicht Europa und die deutsche Frage: dies sind die beherrschenden, alles andere in den Hintergrund drängenden Themen des ersten Bandes der Memoiren des früheren Sicherheitsberaters Präsident Nixons und amerikanischen Außenministers Henry Kissinger, die Ende Oktober 1979 mit fast beispiellosem verlegerischen und publizistischen Aufwand in allen wichtigen Sprachen auf den Weltmarkt gebracht wurden<sup>1)</sup>.

In den zahlreichen Interviews und Stellungnahmen, die der „beste Diplomat in der Geschichte der Vereinigten Staaten“ (so die deutsche Verlagswerbung) vor deutschen Kameras und Mikrofonen gab, ist er immer wieder respektiert-höflich nach seiner Beurteilung der sozialliberalen Bonner Ostpolitik gefragt worden, Fragen übrigens, die der mit den Medien vertraute und gerade von der deutschen Presse überschwänglich hofierte Memoirenschreiber staatsmännisch-zurückhaltend (sprich: recht allgemein und oberflächlich) beantwortete<sup>2)</sup>. Die Journalisten, die Kissinger interviewen durften, hatten offensichtlich sowohl die Mühe gescheut, sich durch die einschlägigen Abschnitte seines 1632-Seiten-Epos zu kämpfen, als auch die früheren Aussagen des Autors zum Deutschlandproblem nicht studiert, die allerdings seit 1968/69 nur noch spärlich geflossen sind<sup>3)</sup>.

Es spricht für Kissingers psychologisches und taktisches Geschick sowie für die richtige Einschätzung seiner sorgfältig dosierten Medienwirkung, daß er sich gerade auf deutschem Boden von den hiesigen politischen Parteien für deren jeweilige ost- und deutschlandpolitischen Vorstellungen nicht hat vereinnahmen und zum Kronzeugen für eine bestimmte ostpolitische Konzeption hat machen lassen.

Allerdings hat Kissinger schon früher nie ein Hehl aus seiner wohl auch politischen Sympa-

thie für Franz-Josef Strauß und seiner Distanz zu Willy Brandt und Egon Bahr gemacht<sup>4)</sup>. Im Gegensatz dazu ist sein Verhältnis zu Helmut Schmidt sichtlich von intellektuellem Respekt und einer wohlwollend-positiven politischen Wertschätzung gekennzeichnet.

Der zwiespältige Eindruck, den der aufmerksame Leser der ost- und deutschlandpolitischen Passagen des ersten Bandes der Kissinger-Memoiren gewinnt, verstärkt sich bei gründlicher Lektüre zusehends: Henry Kissingers Beschreibung und Wertung der Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel ist nicht immer logisch-schlüssig, teilweise in sich widersprüchlich und zweideutig, häufig spekulativ und in einigen Punkten — was Fakten und Vermutungen betrifft — sogar falsch. Dennoch ist sein mit beinahe fanatischer Detailbesessenheit geschriebenes zeitgeschichtliches Monumentalwerk eine wahre Fundgrube vor allem für Politologen und Historiker, die sich mit der internationalen Politik der letzten zehn Jahre und insbesondere mit der deutschen Ostpolitik beschäftigen —

<sup>1)</sup> Henry Kissinger, *White House Years*, Boston 1979 (Zitierungen nach der deutschen Ausgabe: *Memoiren*. 1968—1973, München 1979).

<sup>2)</sup> Wie man Kissinger vor der Fernsehkamera mit gezielten Fragen zwingen kann, zu Problemen seiner Amtszeit detailliert und offen Stellung zu nehmen, hat der britische TV-Journalist David Frost zum Thema Bombardierung Kambodschas 1969 im wohl härtesten Interview, das Kissinger durchzustehen hatte, exemplarisch vorexerziert. Einen Ausschnitt aus dem NBC-Interview sendete der Bayerische Rundfunk am 20. Oktober 1979 im 3. Programm.

<sup>3)</sup> Siehe hierzu vor allem seine beiden Aufsätze: Die deutsche Frage als Problem der europäischen und der internationalen Sicherheit, in: *Europa-Archiv* Eonn, Folge 23/1966, 10. Dez. 1966, und: Die Überwindung der Spaltungstendenzen im westlichen Bündnis, in: *Europa-Archiv*, Folge 12/1965, 25. Juni 1965, sowie sein Buch: Was wird aus der westlichen Allianz?, Wien und Düsseldorf 1965, S. 220 ff; ferner den informativen Überblick von Christian Hacke über Henry Kissinger und das deutsche Problem, in: *Deutschland Archiv*, Köln, 8. Jahrgang, Sept. 1975, Heft 9.

<sup>4)</sup> Siehe dazu mit weiteren Nachweisen Günther Schmid, *Entscheidung in Bonn. Die Entstehung der Ost- und Deutschlandpolitik 1969/70*, Köln 1974, S. 254/255; jetzt auch informativ Richard Valeriani, *Reisen mit Henry*, Frankfurt 1979, S. 155.

\*) Das Manuskript wurde Ende Oktober 1979 abgeschlossen.

Pflichtlektüre für alle, die sich für Perzeptions-, Entscheidungs- und Aktionsmuster amerikanischer Politik der Gegenwart interessieren.

An einigen Stellen haben den Verfasser bei der nur etwa knapp 40 Buchseiten umfassenden Schilderung der konzeptionellen und operativen Entwicklung der deutschen Ostvertragspolitik und der Berlin-Verhandlungen der Vier Mächte offenbar seine umfangreichen Tagebuchaufzeichnungen im Stich gelassen — oder aber: Kissinger war selbst nicht immer und voll in seine eigenen zahlreichen Informations-„Kanäle“ eingeschaltet (die er in seinem Buch euphorisch und minuziös offenlegt), mit deren Hilfe er die außenpolitische Bürokratie und Diplomatie seines Landes „kurzschloß“, sie umging, ja immer wieder bewußt manipulierend ausschaltete, um auf direktem Draht mit den verantwortlichen Entscheidungsträgern anderer Staaten in Kontakt zu treten. Daß dieser Stil der Täuschung, Hintergehung und trickreichen Manipulation der „Belagerungsmentalität“ und dem Verfolgungswahn eines von Selbstzweifeln zerquälten Präsidenten im Weißen Haus (so Kissinger über Nixon) entgegenkam, gibt Kissinger anhand unzähliger Beispiele von Anfang an offen zu.

Die Tatsache, daß vieles, was der ehemalige Sicherheitsberater über die Ostpolitik Bonns behauptet, so nicht oder nur teilweise so abgelaufen ist, daß er schon infolge der permanenten Arbeitsüberlastung seines knapp 30-köpfigen hochqualifizierten Stabes<sup>5)</sup> und Kissingers eigener, gleichfalls ständiger Überbeanspruchung als außenpolitischer Planer und Exekutor<sup>6)</sup> sowie seiner Ablenkung durch bedeutendere internationale Ereignisse, Verhandlungen und Krisenschauplätze (China, Vietnam, SALT, Nahost, Chile) der Bonner Entspannungspolitik mit dem Osten gar nicht genügend Aufmerksamkeit und operative De-

tailbeachtung schenken konnte und daß er schließlich bei der Vielzahl seiner „Kanäle“ gelegentlich die Übersicht verlieren mußte — all dies muß fast zwangsläufig den deutlich hervortretenden Anspruch Kissingers reduzieren, ein vollständiges und zutreffendes Tableau des ostpolitischen Verhandlungsprozesses und seines eigenen Anteils daran zu geben. Vor allem im Kapitel über die Viermächteverhandlungen über Berlin wird dies exemplarisch deutlich — ein Kapitel, das allerdings nicht nur für Zeitgeschichtler zu den informativsten und interessantesten Teilen des ganzen Werkes gehört. In diesen ebenso lesenswerten wie letztlich „verräterischen“ Passagen streicht Kissinger seine Rolle im diplomatischen Poker mit der Sowjetunion heraus und degradiert fast alle übrigen diplomatischen Verhandlungspartner — mit wenigen Ausnahmen (Kenneth Rush) — zu Statisten und bloßen Stichwortgebern.

### Kissingers „Kernbefürchtung“: Nationalismus, Destabilisierung, Neutralisierung

Schon seit geraumer Zeit ist die Vermutung vielfach belegt worden, daß Henry Kissinger der Brandt'schen Ostpolitik zumindest am Anfang sehr skeptisch, wenn nicht kritisch-ablehnend gegenüberstand<sup>7)</sup>. Kissingers Denken in Kategorien des klassischen machtpolitischen Gleichgewichts<sup>8)</sup> — gespeist von einer auf Kant zurückgehenden Philosophie der „Imperative“<sup>9)</sup> — mußte folgerichtig in theoretisch-konzeptioneller Hinsicht die bilaterale Ostpolitik der Bundesrepublik als „Störelement“ im beginnenden globalen Dialog mit der Sowjetunion perzipieren, das es, wenn nicht ganz auszuschalten, so doch unter weitgehender Kontrolle zu halten galt.

Die Argumente, die Kissinger bereits damals — wenn auch nicht öffentlich — für seine Haltung ins Feld führte, lassen sich auf eine mehrschichtige „Kernbefürchtung“ reduzieren:

<sup>5)</sup> Vgl. hierzu J. M. Destler, *The Nixon NSC — Can one man do it?*, in: *Foreign Policy*, No. 5, New York 1971—72; John P. Leacacos, *Kissingers Apparat*, in: *Foreign Policy*, No. 5, New York 1971—72; Lloyd Shearer, *Henry Kissinger: President Nixon's Brainchild*, in: *Parade* (Beilage der *Washington Post*) vom 24. Oktober 1971; eine gute Zusammenfassung gibt Gebhard Schweigler, *Politikwissenschaft und Außenpolitik in den USA*, München, Wien 1977, S. 141 ff.

<sup>6)</sup> Kissinger spricht im inzwischen berühmt gewordenen NBC-Interview mit David Frost von der „enormen Belastung“, die sein 18-Stunden-Arbeitstag mit sich gebracht habe, zumal „letztlich nicht nur die Planung der Außenpolitik, sondern auch die Ausführung bei meinem Amt lag“ (unkorrigiertes Sendemanuskript des Bayerischen Rundfunks).

<sup>7)</sup> Günther Schmid, *Entscheidung in Bonn*, a. a. O., S. 254 ff. (mit Anmerkungen), ferner Willy Brandt, *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960 bis 1975*, Hamburg 1976, S. 380 ff.

<sup>8)</sup> Vgl. hierzu vor allem George Liska, *Beyond Kissinger: Ways of Conservative Statecraft*, Baltimore 1975; John G. Stoessinger, *Henry Kissinger: The Anguish of Power*, New York 1976; Coral Bell, *The Diplomacy of Détente. The Kissinger Era*, London 1977; kritisch zu Kissingers Gleichgewichtskonzept besonders Stanley Hoffmann, *Weighing the Balance of Power*, in: *Foreign Affairs*, New York, July 1972, Vol. 50, No. 4.

<sup>9)</sup> Peter W. Dickson, *Kissinger and the meaning of history*, Cambridge 1978.

Einmal konnte bzw. mußte das rasche Vorpreschen der neuen Regierung in Bonn und ihr Ausbrechen aus dem von Kissinger entworfenen „linkage“-Konzept<sup>10)</sup> (gemeint ist die Verknüpfung der spezifischen Verhaltensweisen der Sowjetunion in den verschiedenen Teilen der Welt mit den abgestuften Reaktionsweisen der amerikanischen Führung) den solidarischen Zusammenhalt der westlichen Allianz schwächen, eine abgestimmte multilaterale Entspannungspolitik des Westens (sprich: der USA) unmöglich machen, dem latenten deutschen Nationalismus neue Nahrung geben, der Sowjetunion die Möglichkeit einer „selektiven Entspannung“ mit der Bundesrepublik Deutschland eröffnen und durch zu massive deutsche Zugeständnisse bei den Verhandlungen in Moskau die gesamte Entspannungspolitik Bonns nicht mehr kalkulierbar machen, d. h. den bündnispolitischen Preis dafür letztlich den USA aufbürden<sup>11)</sup>.

Eine sorgfältige Lektüre der entsprechenden Abschnitte in seinem, den Leser mit Details fast erschlagenden, aber nicht ohne Faszination zu lesenden Buch erbringt den Nachweis, daß Kissinger diese „Gefahren“ in der Tat gesehen hat und sein Perzeptionsmuster im Kern zutreffend geschildert wurde: ein nicht mehr kontrollierbares dynamisches Aufleben des deutschen Nationalismus<sup>12)</sup> (verbunden mit einer neuen Schaukelpolitik Deutschlands) (S. 441), dessen innenpolitische Destabilisierung (ebd.), die dadurch eröffnete Möglichkeit für die Sowjetunion, mit einer gezielten „selektiven Entspannung“ das westliche Bündnis zu spalten und die Vereinigten Staaten zu isolieren (S. 442), die Bestätigung des Status quo ohne Rücksicht auf amerikanische Interessen (S. 449), Brandts zu engagierte ostpolitische Begeisterung, Zielstrebigkeit und Schnelligkeit, die — so Kissinger — „seine Verhandlungsposition schwächte“ (S. 443 und 568) und schließlich die Gefahr einer Abspaltung der Bundesrepublik vom Westen und ihre Neutralisierung (S. 565)<sup>13)</sup>.

<sup>10)</sup> Zu Kissingers Détente-Konzept siehe jetzt vor allem Peter Weilemann, *The Good and the Bad Ones: Amerikanische Détente-Politik in der Ära Kissinger*, in: Hans-Peter Schwarz/Boris Meissner (Hrsg.), *Entspannungspolitik in Ost und West*, Köln usw. 1979, S. 193 ff.

<sup>11)</sup> Schmid, a. a. O., S. 251 ff. (mit Nachweisen).

<sup>12)</sup> Der Historiker Kissinger projiziert den von ihm als entscheidendes Wesensmerkmal deutscher Politik diagnostizierten Nationalismus in die Gegenwart des geteilten Deutschland, ohne den Realpolitiker Kissinger danach zu fragen, ob sich heute überhaupt noch schlüssige Indizien für das latente Vorhandensein eines deutschen Nationalismus finden lassen.

## Das „gebrochene“ Verhältnis zu Bahr und Brandt

Egon Bahr, den Architekten und einflußreichsten Unterhändler der Bonner Ostpolitik, portraitiert Kissinger mit kaum verhüllter, fast schroffer Abneigung, was den Leser erstaunt war es doch gerade Bahr, der als Kissingers wichtigster Ansprechpartner auf deutscher Seite fungierte und auf einem besonderen Kommunikations-„Kanal“ mit Präsident Nixons Sicherheitsberater verbunden war. Bahrs Eitelkeit, so der Memoirenschreiber, „verführte ihn dazu“, mit seinen guten Beziehungen zu sowjetischen und ostdeutschen Persönlichkeiten „zu protzen“; „viele mißtrauten seiner angeblichen Verschlagenheit. Bahr gehörte zwar zu den Linken, aber ich hielt ihn jedoch vor allem für einen deutschen Nationalisten, der Deutschlands zentrale Lage ausnutzen wollte, um mit beiden Seiten zu feilschen... Offensichtlich war Bahr kein überzeugter Anhänger der westlichen Gemeinschaft wie die Politiker, die wir aus den früheren deutschen Regierungen kannten; er war auch frei von allen gefühlsmäßigen Bindungen an die Vereinigten Staaten“ (S. 443).

Diese deutliche Abqualifizierung Bahrs scheint den psychologisch durchaus verständlichen Schluß zu erlauben, daß Kissinger bei Bahr wohl Wesenszüge diagnostiziert hat, die ihm selbst nicht völlig fremd waren: Der Hang zur Geheimdiplomatie und zu konspirativen Verhaltensweisen (S. 857), die strategische Intelligenz, die zahlreichen inoffiziellen Kontakte zur „anderen Seite“, der verhandlungstechnische Trickreichtum, die Vorliebe für unkonventionelle diplomatische Aktivitäten etc. Kissingers Feststellung, es habe ihm „nicht an Selbstvertrauen“ gefehlt, „Bahrs Taktik zu begegnen“ (S. 443), weist in diese Richtung.

Auch zu Willy Brandt fanden sowohl Nixon als auch Kissinger kein persönliches Verhältnis, im Gegenteil: „Nixon hatte Vorbehalte gegen Persönlichkeiten, die er der Linken zuordnete, und Brandts Gewohnheit, lange Pausen des Schweigens einzulegen, machte ihn nervös“ (S. 457). Als Ende Januar 1970 der britische Premierminister Harold Wilson Washington besuchte, bemerkt Kissinger: „Er stellte Nixon Brandts Ostpolitik so vorteilhaft dar, als gäbe es gar keine andere Möglichkeit.“ Nixon, der sein Mißtrauen gegenüber Brandt nicht überwunden hatte, sagte nur, daß er sich

<sup>13)</sup> Vgl. hierzu auch die fast identischen Äußerungen Kissingers in der ARD-Sendung *Weltpolitik im Umbruch. Fragen an Henry Kissinger* vom 10. Oktober 1979 (Sendemanuskript, S. 13).

dieser Politik nicht widersetzen würde" (S. 449). Auch politisch stößt der ehemalige deutsche Bundeskanzler bei Kissinger auf wenig Resonanz. Brandt habe, so formuliert der Autor, „seine Politik so begeistert und zielstrebig verfolgt(e), daß es seine Verhandlungsposition schwächte“ (S. 443).

Der westdeutsche Regierungschef wollte — so Kissinger — die Berlin-Verhandlungen beschleunigen, „um sie als Hebel zu benutzen und, wenn notwendig, uns die Verantwortung für ein Versagen seiner Ostpolitik zuzuschieben“ (S. 568). Bereits im Januar 1977 hatte Kissinger in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vor der „politischen Romantik“ Brandts und deren gefährlichen Auswirkungen auf die von ihm mitentworfenen westliche Entspannungspolitik gewarnt<sup>14</sup>).

### Die Diskrepanz: Zustimmung zum ostpolitischen Konzept, deutliche Skepsis gegenüber dessen operativer Realisierung

Auf einen Nenner gebracht, umreißt Kissinger seine nicht immer konsistent wirkende Haltung gegenüber der Bonner Ostpolitik ab 1969 so: „Langfristig war die von Brandt angestrebte Versöhnung in Mitteleuropa historisch richtig ...“ (S. 443). Die sich abzeichnende und bereits spürbare Isolierung der Bundesrepublik durch ihr Festhalten an der strikten Nichtanerkennungspolitik gegenüber der DDR trieb sie „zunehmend in Konflikte mit ihren Verbündeten und den neutralen Staaten ... Bonn hätte sich, wenn es diesen Kurs weiterverfolgt hätte, unter Umständen in einer Krise mit dem Osten praktisch allein gesehen. Es war Brandts historisches Verdienst, daß er die Deutschland aufgezogenen Belastungen und Ängste auf sich genommen hat“ (S. 442). Mit dem Abschluß des Moskauer Vertrages vom 12. August 1970 hatte die Bundesrepublik — so Kissinger — „ihren Rubikon (sic!) überschritten; sie hatte die Teilung Deutschlands anerkannt und den Status quo in Mitteleuropa besiegelt“ (S. 569).

Bonn „hatte seinen Vorrat an Zugeständnissen erschöpft und war nicht mehr in der Lage, von uns noch mehr zu verlangen. Die Öffentlichkeit in Deutschland war zum großen Teil der Meinung, daß der Vertrag mit der Sowjetunion unausgewogen sei; Bonn hatte auf nationale Ansprüche verzichtet und dafür nur eine Verbesserung der Atmosphäre und eine Erleichterung bei den innerdeutschen Kontakten eingehandelt, die ohnedies niemals hätten unterbrochen werden dürfen“ (S. 569/570).

<sup>14</sup> In: FAZ vom 22. Jan. 1977 (Sonntagsbeilage).

Kissinger konzediert — mit der von Großmut diktierten Einsicht eines sonst unfehlbaren Staatsmannes, so will es scheinen —, daß er „große Zweifel an der Ostpolitik hatte, als sie anfang ... Auf der anderen Seite, als ich mir das Problem überlegte, wurde mir klar, nicht mit größter Freude, aber intellektuell klar, daß es für Deutschland keine Alternative gab, denn die Fortsetzung der Politik der Nichtanerkennung hätte zu Krisen geführt, in denen ihre westlichen Verbündeten sie nicht unterstützt hätten und die Deutschland völlig isoliert hätten. Deshalb kam ich zu der Überzeugung, daß die Politik von Brandt und Bahr in der Konzeption die richtige war. Und tat mein Bestes, die Politik zu unterstützen ...“<sup>15</sup>). „Ich kann nicht behaupten, daß ich sofort zu dieser Einsicht gelangt bin. Aber nachdem ich das Unvermeidliche erkannt hatte, versuchte ich, es durch die enge Zusammenarbeit mit Brandt und seinen Kollegen in eine konstruktive Richtung zu lenken“ (S. 442).

Im Klartext: Unter den damaligen Bedingungen und Umständen war die ostpolitische Konzeption Brandts und Bahrs wohl richtig und unvermeidlich<sup>16</sup>), deshalb galt es ihre Realisierung, ihre operative Umsetzung in Kissingers Sinn zu beeinflussen und so weit wie möglich zu kontrollieren.

Daß die Verhandlungsführung auf deutscher Seite aus Kissingers Sicht durchaus mangelhaft war, daß die Bonner Entscheidungsträger (hier sind ausschließlich Brandt und Bahr gemeint) zu euphorisch und zu rasch ans Werk gingen und schon dadurch ihre Verhandlungsposition schwächten, daß Bahr durch Kissingers Vertrauensmann in Bonn, Botschafter Rush, vor allem während der Berlin-Verhandlungen „gebremst“ und „von selbständigen Unternehmungen, zu denen er neigte“ (S. 877), abgehalten werden mußte — all dies läßt den zwingenden Schluß zu, den Kissinger zwar nicht expressis verbis, aber doch unüberhörbar andeutet: Nur ein Unterhändler vom staatsmännischen Format eines Henry Kissingers wäre in der Lage gewesen, derartig komplizierte Verhandlungen mit den Sowjets erfolgreich abzuschließen. Den Eindruck, daß Egon Bahr bei seinen schwierigen Gesprächen

<sup>15</sup> Weltpolitik im Umbruch, Sendemanuskript, a. a. O., S. 13; vgl. hierzu die fast deckungsgleiche Argumentation Kissingers im Gespräch mit dem SPIEGEL, Nr. 31 vom 31. Juli 1978, S. 99.

<sup>16</sup> In einem Leserbrief an den SPIEGEL, der interessante Teile seiner Memoiren ab Anfang Oktober 1979 vorabdruckte, schreibt Kissinger: „Trotz einiger Zweifel am Anfang bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß die Ostpolitik unter den Umständen die beste war, und ich unterstützte sie, so gut ich konnte“, in: DER SPIEGEL, Nr. 40 vom 1. Okt. 1979, S. 7.

mit einem Diplomaten vom Kaliber Andrej Gromyko von Anfang an so gut wie auf verlorenem Posten stand, suggeriert Kissinger kaum verhüllt durch seine detaillierte Beschreibung der verhandlungstechnischen wie taktischen Fähigkeiten und Qualitäten des sowjetischen Außenministers (S. 838—841), die sich diametral von der negativen Zeichnung des Bahrschen Verhandlungsstils abhebt und somit das Urteil über das Verhandlungsgeschick und den Verhandlungserfolg des deutschen Unterhändlers getrost dem Leser überlassen kann.

### **Kissingers Widerlegung der oppositionellen Schlüssel-„Argumente“: Umfassende Information des amerikanischen Verbündeten und Zwang zur Modifizierung des ostpolitischen Konzepts 1968/69**

Inwiefern tragen nun Kissingers Aussagen, die nahezu frei von jedem Selbstzweifel zu sein scheinen und fast ausschließlich der Rechtfertigung des eigenen Perzeptionsmusters und seines eigenen politischen Handelns dienen (ein Eindruck, der sich dem Leser auch bei der Lektüre der übrigen Passagen der Memoiren aufdrängt), zur Bestätigung oder Modifizierung des gegenwärtigen ost- und deutschlandpolitischen Forschungsstandes bei?

Zunächst räumt Kissinger selbst nachdrücklich mit dem immer wieder, teilweise polemisch-unterstellend gegen die sozialliberale Koalitionsregierung ins Feld geführte Argument auf, die damalige Regierung Brandt/Scheel habe den amerikanischen Verbündeten nicht ausreichend bzw. völlig ungenügend informiert und Washington im Unklaren über ihre wahren Absichten und Ziele gelassen.

Kissinger: Bereits am 13. Juni 1969, d. h. zwei Monate vor den Bundestagswahlen, habe der FDP-Vorsitzende Walter Scheel in einer Unterredung mit Nixon von der Notwendigkeit eines außenpolitischen Richtungswechsels und einer Aufgabe der Hallstein-Doktrin gesprochen (S. 440).

Noch vor der Übernahme der Amtsgeschäfte durch das neue Kabinett Brandt/Scheel habe dann der zukünftige Bundeskanzler am 13. Oktober 1969 die amerikanische Führung gebeten, seinen persönlichen Vertrauten Egon Bahr zu empfangen, der seine amerikanischen Gesprächspartner (vor allem Kissinger persönlich) ausführlich über die beabsichtigten neuen ostpolitischen Initiativen unterrichtete. Schon bei dieser Gelegenheit sei vereinbart worden, „daß Brandt sich laufend mit uns beraten sollte und wir mit ihm zusammenarbeiten würden“ (S. 444). In der Folgezeit informierte

Brandt persönlich am 10. und 11. April 1970 in Washington die amerikanische Führung über den Fortgang seiner Politik (S. 457/458), während Egon Bahr am 8. April privat Kissinger ausführlich über seine Moskauer Gespräche in Kenntnis setzte. Offenbar erwähnte er hierbei seine drei Gromyko übergebenen „non-papers“<sup>17)</sup> nicht — vom sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, seinem engsten „Kanal“-Partner, erfuhr Kissinger wenig später von deren Existenz (S. 568). Dennoch unterrichtete Bahr, wie der Verfasser detailliert belegt, Kissinger vertraulich und über einen direkten geheimen Draht<sup>18)</sup> über alle wesentlichen Einzelheiten der bilateralen Bonner Ostpolitik (S. 567). Der „Brandt selbst hielt uns ständig auf dem laufenden und zerstreute damit die schlimmsten (sic!) Befürchtungen“ (S. 566).

Kissingers Vorwurf, die Regierung in Bonn habe Washington eher unterrichtet, „als daß sie uns konsultierte. Sie teilte uns ihre Fortschritte mit, bat uns aber nicht um Rat“ (S. 566), wurde von Bahr bereits früher richtiggestellt: „Die Frage unserer bilateralen Ostpolitik war keine Frage der Konsultation, sondern eine Frage der Information. Wir sind ja kein Satellitenregime und es gibt Punkte, über die kann man informieren, soll es auch tun, aber man muß dies nicht konsultieren, zumal es kein Punkt war, der das Bündnis berührte.“<sup>19)</sup>

Offenbar war Kissinger selbst nicht immer voll im Bilde und wurde im Gegenzug für die von ihm praktizierte Übergehung des Außenministeriums vom State Department aus dessen Informations- und Kommunikationsnetz ausgeschaltet. Wie der frühere Parlamentarische Staatssekretär und spätere Staatsminister im Auswärtigen Amt, Karl Moersch, berichtet, hatte sich das Auswärtige Amt wiederholt bei Außenminister Rogers und seinen Beamten Rat geholt, ohne jedoch bei Kissinger persönlich vorstellig zu werden<sup>20)</sup>. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist der Sicherheitsberater Nexons vom State Department auch nicht über die detaillierten und sehr intensiven Beratungen auf Beamtenebene in der fast täglich zusammentreffenden Bonner Vierergruppe informiert worden, bzw. las die entsprechenden Telegramme nicht, wo alle relevanten ost- und

<sup>17)</sup> Vgl. hierzu Schmid, a.a.O., S. 360/361 (Anm. 290).

<sup>18)</sup> Willy Brandt bestätigt diesen „direkten Draht“ in seinem Memoiren, in: Brandt, a.a.O., S. 512.

<sup>19)</sup> Günther Schmid, Politik des Ausverkaufs? Die Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel. München 1975, 1979, S. 249.

<sup>20)</sup> Karl Moersch am 21. Oktober 1979 im SWF II.

deutschlandpolitischen Texte „Wort für Wort“ abgestimmt wurden<sup>21)</sup>).

Daß Kissinger trotz des von ihm immer wieder fast lustvoll beschriebenen chaotischen außenpolitischen Entscheidungssystems und Verfahrens in Washington, in dem sich alle Beteiligten anscheinend nur in der Absicht zusammengefunden hatten, um die konkurrierende Bürokratie aus dem eigenen „Kanal“-System möglichst effektiv auszuschalten, gleichwohl die eingehende, ständige und persönliche Unterrichtung durch die Regierung Brand/Scheel ausdrücklich erwähnt, zerstört endgültig die einschlägige Legendenbildung.

Auch in einem weiteren wesentlichen Punkt stützt der Memoirenautor die Argumentation der sozialliberalen Koalitionsregierung in Bonn. Nüchtern und mit sehr deutlichen Worten bestätigt er, daß die Bundesrepublik mit ihrer Nichtanerkennungspolitik gegenüber der DDR in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zunehmend in die Isolierung geriet, weil zentrale Bestandteile der deutschen Position im westlichen Bündnis auf immer stärkeren Widerspruch stießen.

Unverblümt geht Kissinger mit der noch Anfang der sechziger Jahre von CDU/CSU-Regierungen betriebenen Politik ins Gericht: „Die immer noch regierenden Christlichen Demokraten hielten jedoch starr an den politischen Maximen der 50er Jahre fest. Ihr an Besessenheit grenzender Eifer, die einmal eingeschlagene Richtung beizubehalten, erregte die Ungeduld einer amerikanischen Regierung, die neue Perspektiven eröffnen wollte ...“ (S. 109). Der von Kissinger zutreffend analysierte objektive und nicht selbstauferlegte Zeitdruck, unter dem die neue Regierung in Bonn Ende 1969 stand, ist vielfach beschrieben und belegt worden und braucht an dieser Stelle nicht mehr näher behandelt zu werden<sup>22)</sup>.

### **Der Argumentationsbruch bei Kissinger: Realistische Beurteilung der ostpolitischen Ausgangsposition 1969 — zweifelhafte Schlußfolgerungen**

Angesichts dieses vom Verfasser selbst diagnostizierten, immer kleiner werdenden Ver-

handlungsspielraums der Bundesregierung für ihre bilateralen Sondierungen mit Moskau, Warschau und Ost-Berlin verwundert Kissingers Bestandsaufnahme: „Die Bundesrepublik hatte ihren Rubikon überschritten (sic!); sie hatte die Teilung Deutschlands anerkannt und den Status quo in Mitteleuropa besiegelt ... Bonn hatte auf nationale Ansprüche verzichtet und dafür nur eine Verbesserung der Atmosphäre und eine Erleichterung bei den innerdeutschen Kontakten eingehandelt, die ohnehin niemals hätten unterbrochen werden dürfen“ (S. 569/570).

Ein kurzer Blick auf die Fakten soll dokumentieren, daß Kissinger sich offenbar nur äußerst unvollständig in die deutsche Situation Ende 1969 hineinversetzen kann und die Ausgangssituation der Regierung Brandt/Scheel eher mit idealtypischen, historisch-objektiven Kriterien als an den konkret gegebenen praktischen-politischen Voraussetzungen jener Zeit mißt:

Bereits die Regierung Erhard, vor allem aber das Kabinett Kiesinger/Brandt hatte unwiderfürlich entscheidende Elemente der bisher betriebenen Ostpolitik geändert: Hallstein-Doktrin und Alleinvertretungsanspruch wurden als wichtigste Stützen der Nichtanerkennungspolitik gegenüber der DDR durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien (Januar 1967) und Jugoslawien (Januar 1968), durch die beiden Briefe Bundeskanzlers Kiesingers an DDR-Ministerpräsident Stoph vom Juni und September 1967 sowie durch die Anerkennung der DDR durch Kambodscha (Mai 1969) so stark relativiert, daß ihre Glaubwürdigkeit als Sanktionsinstrumente auf dem Spiel stand und sie nicht mehr — es sei denn deklamatorisch — als Verhandlungsobjekte eingesetzt werden konnten.

Ausgangspunkt der sozialliberalen Deutschlandpolitik war die innerdeutsche Lage im Oktober 1969 und die Suche nach pragmatischen Möglichkeiten zu ihrer qualitativen Verbesserung. Das Entstehen zweier Staaten mit unterschiedlichen, ja antagonistischen Gesellschaftssystemen, die in den sechziger Jahren von der DDR systematisch perfektionierte Abtrennung ihres Territoriums durch Mauer und Stacheldraht sowie die damit verbundene fast völlige Unterbindung jeder Art von innerdeutscher Kommunikation waren charakteristische Bestandteile dieser Situation, welche die SPD/FDP-Koalition Ende 1969 angetroffen hat. Sie ging davon aus, daß sie ebenso wenig wie frühere Bundesregierungen in der Lage sein würde, auf die Ausübung der Hoheitsgewalt in der DDR direkten Einfluß zu nehmen. Daß die DDR in ihren damaligen Grenzen Ho-

<sup>21)</sup> Karl Kaiser, Ostpolitik und westliches Bündnis, in: DAS PARLAMENT, Nr. 43 vom 27. Oktober 1979, S. 6; ders., Die neue Ostpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/79 vom 27. Oktober 1979, S. 5; ferner Schmid, a. a. O., S. 251 ff.

<sup>22)</sup> Siehe für viele Schmid, Entscheidung in Bonn, a. a. O., S. 22/23 (mit Nachweisen); ferner jetzt auch Kaiser, Ostpolitik und westliches Bündnis, a. a. O., sowie ders., Die neue Ostpolitik, a. a. O.

heitsgewalt ausübte und eine Regelung des gegenseitigen Verhältnisses nur möglich war, wenn beide Teilstaaten die innere Kompetenz des jeweils anderen Regimes stillschweigend akzeptierten, kann sicherlich nicht ernsthaft bestritten werden. Alle genannten Strukturelemente der innerdeutschen Konstellation in der zweiten Hälfte des Jahres 1969 gingen der dann eingeleiteten Vertragspolitik mit der DDR voraus und wurden durch sie logischerweise nicht aufgehoben. Deshalb konnte es in der Folgezeit nur darum gehen, auf dem Grundsatz der Gleichheit und Gleichberechtigung in jenen Bereichen voranzukommen, in denen entweder ein gemeinsames Interesse bestand oder wo sich divergierende Interessen zu einem beiderseits akzeptablen Kompromiß verbinden lassen würden.

Als einziges Handelsobjekt, das in nun beginnenden innerdeutschen Dialog operativ einsetzbar war, bot sich für die Bonner Entscheidungsträger das zeitlich begrenzte und vorwiegend taktisch motivierte Festhalten an der auswärtigen Nichtanerkennungspolitik an, um für deren Aufgabe, d. h. für die Deblockierung der Außenbeziehungen der DDR, einen befriedigenden innerdeutschen *modus vivendi* zu erreichen („Scheel-Doktrin“). Mit dieser Koppelung konnte gerade noch rechtzeitig (mit der Paraphierung des Grundlagenvertrages Anfang November 1972) die von Kissinger treffend diagnostizierte „tiefe Kluft zwischen dem erklärten Ziel der Bundesrepublik, der Wiedervereinigung Deutschlands, und den Aktionsmöglichkeiten, das zu erreichen“ (S. 109), überbrückt und das Sonderverhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten formalisiert werden, ehe die DDR als statusgleicher Partner an der KSZE-Vorbereitungskonferenz Ende November 1972 in Helsinki teilnahm.

Die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die von der Bundesregierung aus juristischen Gründen im Moskauer Vertrag gar nicht ausgesprochen werden konnte und erst im Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 erfolgte, war offensichtlich nur von sehr begrenztem Verhandlungswert, zumal die drei Signatäre des Potsdamer Abkommens vom August 1945 mit der dort beschlossenen und damit legalisierten Massenvertreibung der deutschen Bevölkerung aus den ehemaligen Ostgebieten die Oder-Neiße-Linie de facto anerkannt hatten und sie in der Folgezeit als nicht mehr korrigierbares Faktum betrachteten<sup>23)</sup>.

Ob Bahr in Moskau mehr hätte erreichen können, ist — so Kissinger — „sehr schwierig zu sagen. Man kann nie beweisen, was in einer Verhandlung möglich war, und mit diesem

taktischen Problem befaßte ich mich nicht in meinem Buch“<sup>24)</sup>. Letztlich wird diese Frage bzw. der darin implizit zum Ausdruck kommende häufig wiederholte Vorwurf relativ zuverlässig erst nach Vorliegen der entsprechenden Aktenpublikationen und Verhandlungsprotokolle beantwortet werden können. Tatsache aber ist — und dies zeigt schon ein Blick auf die Ausgangspositionen beider Seiten —, daß die Sowjetunion im Moskauer Vertrag ihre vordringlichsten Ziele nicht hat erreichen können. Es ist ihr weder gelungen, die Bundesrepublik zu einem endgültigen Wiedervereinigungsverzicht zu veranlassen, noch erhielt sie von Bonn die völkerrechtliche Anerkennung der umstrittenen europäischen Nachkriegsgrenzen und Territorien. Die „deutsche Option“ bleibt gewahrt, die Regierung Brandt/Scheel hat sich nicht zur Aufgabe ihrer politischen Ziele und Rechtstitel nötigen lassen<sup>25)</sup>.

Kissinger irrt überdies, wenn er behauptet, daß die Öffentlichkeit in Deutschland „zum großen Teil der Meinung“ gewesen sei, „daß der Vertrag mit der Sowjetunion unausgewogen sei“ (S. 569). Das Gegenteil war der Fall<sup>26)</sup>.

Ebenfalls unzutreffend ist seine These, daß sich Brandt, „ermutigt durch den günstigen Ausgang von Landtagswahlen im Juni“, entschlossen habe, „in die letzte Phase seiner Verhandlungen mit der Sowjetunion einzutreten“ (S. 569). Der negative Ausgang der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und im Saarland vom 14. Juni 1970 — die SPD erlitt Einbußen von etwa 3 Prozent, die FDP gelangte in Niedersachsen und im Saarland nicht mehr in den Landtag — schwächte das Bonner Koalitionsbündnis sowohl psychologisch als auch politisch und führte zu weiterer Destabilisierung der Koalition<sup>27)</sup>.

### Argumentation im Spannungsverhältnis zwischen Staatsmann und Historiker

Auch Kissingers Auffassung, es habe „im Wesen der Ostpolitik“ gelegen, „daß die realen

<sup>23)</sup> So Nixon Anfang April 1970 zu Brandt, in: Brandt, a.a.O., S. 383; vgl. hierzu besonders Hans Georg Lehmann, *Der Oder-Neiße-Konflikt*, München 1979, S. 39ff; sowie Schmid, *Entscheidung in Bonn*, a.a.O., S. 110/111.

<sup>24)</sup> Weltpolitik im Umbruch, Sendemanuskript, a.a.O., S. 13; vgl. hierzu auch Ernst-Otto Maetzel, *Kopfschüttelnder Kissinger*, in: FAZ vom 12. Oktober 1979.

<sup>25)</sup> Vgl. hierzu Schmid, *Entscheidung in Bonn*, a.a.O., S. 158ff. (mit Nachweisen).

<sup>26)</sup> Ebd., S. 250.

<sup>27)</sup> Ebd., S. 80ff.

Vorteile offensichtlich nur auf einer Seite lagen — schließlich erkannte Bonn die Teilung Deutschlands an und bekam dafür nichts als Verbesserungen in der politischen Atmosphäre...“ (S. 876) —, vermag nicht zu überzeugen, da sie den hohen Stellenwert der spezifischen, nur auf die Bundesrepublik bezogenen politisch-psychologisch entscheidenden Elemente der Ostpolitik verkennt, ja aus amerikanischem Blickwinkel vermutlich gar nicht voll erfassen kann: den Rang der Wiedergutmachung und Versöhnung mit Osteuropa, die Bewahrung der „Einheit der Nation“, die weit über die „Erleichterung bei den innerdeutschen Kontakten“ hinausreicht, sowie die Wiedergewinnung der außenpolitischen Bewegungsfreiheit Bonns durch die Befreiung von deutlich spürbaren Zwängen, die eine statische, nur reaktive Ost- und Deutschlandpolitik in der Vergangenheit mit sich brachte — einen diplomatischen Bewegungsspielraum, der es der nachfolgenden Regierung Schmidt/Genscher erst ermöglicht hat, das Machtpotential der Bundesrepublik in der Außen-, Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik voll einzusetzen. Dadurch wurde Bonn in die Lage versetzt, international eine führende Rolle auf verschiedenen Ebenen zu spielen: im Wirtschaftssystem des Westens und der Welt, als Grenzstaat im eigenen Bündnis, als stärkste Macht der EG und als Brückenbauer und Vermittler gegenüber Osteuropa<sup>28)</sup>.

Obwohl gerade Kissinger selbst das sogenannte linkage-Konzept betont, scheint er die konzeptionell wie operativ konstitutive Verknüpfung von deutscher Ost- und Westpolitik als grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche Vertragspolitik mit dem Osten nicht genügend reflektiert zu haben: „Das Außenministerium wies in einem sehr gründlich durchdachten Papier vom 6. Oktober darauf hin, daß die neue Koalition nicht gleichzeitig eine aktive Politik gegenüber der DDR verfolgen und die Integration der Bundesrepublik in eine westeuropäische Gemeinschaft anstreben könne. Das Außenministerium kam zu dem Schluß — und ich stimmte damit überein —, daß eine aktive gesamtdeutsche und Ostpolitik unter einer SPD/FDP-Koalition den Vorrang haben wird“ (S. 440).

Gerade dem Historiker Kissinger, der mit der jüngsten deutschen Geschichte besonders vertraut ist, kann es nicht entgangen sein, daß es vor allem Konrad Adenauer war, der mit der erfolgreichen vollständigen Westintegration die unwiderrufliche Bindung der Bundesrepublik an den Westen vollzogen hatte. Alle folgenden Bundesregierungen konnten eine Ost-

politik betreiben, welche die westliche Grundorientierung nicht mehr in Frage stellte und nur von dieser sicheren Grundlage aus aktiv eine Bereinigung der offenen territorialen Streitfragen in Angriff nehmen. In einem Memorandum an Präsident Nixon bestätigt Kissinger selbst diese Ansicht:

„An ihrer (gemeint sind Brandt, Wehner und Schmidt, nicht hingegen Bahr, Anm. d. Verf.) grundsätzlichen Westorientierung kann es keinen Zweifel geben“ (S. 441).

Kissinger, der den Eindruck hatte, „daß die neue Ostpolitik Brandts, die viele als eine fortschrittliche Politik der Suche nach Entspannung ansahen, in den Händen bedenkenloser Leute zu einer neuen Form des klassischen deutschen Nationalismus werden konnte. Von Bismarck bis Rapallo war es das Wesen der nationalistischen Außenpolitik Deutschlands gewesen, zwischen Ost und West zu manövrieren“ (S. 441), scheint offenbar vergessen zu haben, daß gerade der FDP-Vorsitzende Scheel es war, der in dem bereits zitierten Gespräch mit Nixon vom 13. Juni 1969 ausführlich auf diese, für eine modifizierte Ostpolitik essentielle Verknüpfung mit der Westpolitik einging und sie seinen Gesprächspartnern eingehend erläuterte<sup>29)</sup>.

In dieses Konzept, so Scheel damals, gehöre auch der Beitritt Großbritanniens in die EWG, der dann auf der Gipfelkonferenz in Den Haag Anfang Dezember 1969 den entscheidenden Impuls von Bundeskanzler Brandt erhielt<sup>30)</sup>. Allerdings erwähnt dies Kissinger in seiner lückenhaften Wiedergabe des Scheel/Nixon-Gesprächs nicht.

Kissinger verkennt genau diese zentrale konzeptionelle Strukturkomponente der Bonner Ostpolitik, wenn er meint, „die Öffnung Brandts nach Osten hin hatte die unbeabsichtigte (sic!) Folge, die westeuropäische Integration voranzutreiben“ (S. 455).

Auch ein anderer wichtiger Aspekt bei der Beurteilung des ostpolitischen Konzeptes und seiner Wirkungen findet bei Kissinger keine Beachtung: Hinter der polnischen Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik stand mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die Absicht, mit Hilfe eines deutsch-polnischen Grenzvertrages die Angewiesenheit auf den Warschauer Pakt zu verringern und damit die den polnischen Spielraum einschränkende

<sup>28)</sup> Karl Moersch am 21. Oktober 1979 im SWF II.

<sup>30)</sup> Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Auswärtigen Amt unter Mitwirkung eines wissenschaftlichen Beirats, Köln 1972, S. 716—720.

<sup>29)</sup> Kaiser, Die neue Ostpolitik, a. a. O., S. 7.

Garantenstellung der Sowjetunion und der DDR vorsichtig zu relativieren<sup>31)</sup>. Die dadurch von der Bonner Ostpolitik implizit bewirkte Förderung von zumindest latent vorhandenen Emanzipierungsprozessen im sozialistischen Lager Osteuropas läßt Kissingers Destabilisierungsargument allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen in neuem Licht erscheinen. Überhaupt scheint Kissinger derartige, vor allem psychologisch wie strategisch weitreichende Wirkungen der Ostpolitik entweder nicht zu sehen oder in seiner Darstellung bewußt auszuklammern, die stark „bipolar“, d. h. auf das globale Gleichgewicht zwischen den Supermächten bezogen, angelegt ist und sich mit dem „Zwischenterrain“ kaum näher beschäftigt.

### Die Viermächteverhandlungen aus der (eindimensionalen) Sicht Kissingers

Im Kapitel über die Berlin-Verhandlungen (S. 875—885), die Kissinger als „noch komplizierter als die SALT-Verhandlungen“ qualifiziert, schildert der Verfasser bislang unbekannt Details des weitverzweigten Verhandlungsverlaufs. Dabei vergißt er natürlich nicht, seinen eigenen Beitrag ab Februar 1971 herauszustellen und trägt damit zur weiteren Aufhellung des wichtigsten Abschnitts der Ost-West-Entspannung in den siebziger Jahren bei. Vor dem Hintergrund bereits vorgelegter Detailstudien zum Verhandlungsverlauf von Dennis Bark und Honoré M. Catudal stellt Kissingers Bericht einen weiteren wertvollen Mosaikstein für das noch zu zeichnende Gesamtbild der Berlin-Verhandlungen in ihren einzelnen Phasen dar.

Aufschlußreich sind zunächst Kissingers Äußerungen und seine Wertung der Motivation und Funktion des sogenannten Berlin-Junktims, das die Regierung Brandt/Scheel aufgestellt hatte und als Hebel zur Durchsetzung der Ostverträge dienen sollte, um quasi im Tauschgeschäft für die westdeutsche Akzeptierung des Status quo im Moskauer Vertrag von der Sowjetunion die Anerkennung der bestehenden Lage in und um Berlin zu erhalten. Kissinger: Die „Gegenleistungen“ mußten „in einem günstigen Ergebnis der Berlin-Verhandlungen bestehen“ (S. 876). Dieses Junktim (oder in Kissingers Worten: „linkage“) gab den westlichen Verbündeten (vor allem den USA) aber gleichzeitig die willkommene Gelegenheit, sich direkt in den gesamten ostpolitischen Verhandlungsprozeß einzuschalten, ihn

unter Kontrolle zu halten und die Sowjetunion unter Hinweis auf die von ihr gewünschte europäische Sicherheitskonferenz zu Konzessionen in der Berlin-Frage zu veranlassen. Für Kissinger war dieses „linkage“ ein „klassischer Fall für die Verkoppelung verschiedener außenpolitischer Bedürfnisse“ (S. 876).

Was den ehemaligen Sicherheitsberater Richard Nixons daran besonders faszinierte, war weniger die Tatsache, daß das Berlin-Junktim im natürlichen Interesse Bonns liegen mußte, um seine bilaterale Ostpolitik in den amerikanischen Verhandlungsfahrplan für den globalen Dialog mit dem Kreml einzubinden, sondern, daß das Weiße Haus und damit er selbst die Möglichkeit erhielt, die Dynamik der Ostpolitik stärker kontrollieren und eventuelle Verhandlungsfäden mittels zahlreicher vertraulicher „Kanäle“ wieder persönlich in die Hand zu nehmen<sup>32)</sup>. Das ausschlaggebende Motiv für das große Interesse Kissingers an den Berlin-Verhandlungen lag darin, „daß wir schließlich für den Erfolg der Politik Brandts verantwortlich wurden“ (S. 876).

Der geheime, direkte „Kanal“ zu Egon Bahr wiederum unter gezielter Umgehung des State Department und, wie Kissinger irrtümlich annahm, auch des Auswärtigen Amtes in Bonn — lief über einen Offizier der U.S.Navy in Frankfurt, der geheime Telefonnummern von Kissinger, Bahr und Rush erhielt (S. 860/861).

Was Kissinger nicht wissen konnte: Alle geheimen Botschaften, die Bahr über diesen „Kanal“ von Kissinger erhielt, gingen postwendend auch an Außenminister Scheel und seine Experten; die vertraulichen Mitteilungen des Weißen Hauses an Scheel direkt erhielt umgehend auch Bahr im Bundeskanzleramt<sup>33)</sup>.

Kissinger bestätigt die überragende Rolle des amerikanischen Unterhändlers, Botschafter Kenneth Rush, deren entscheidende Bedeutung bereits von anderen Autoren beschrieben worden ist<sup>34)</sup>. Er war „bei meinem Verfab

<sup>31)</sup> Christoph Royen, Die sowjetische Koexistenzpolitik gegenüber Westeuropa. Voraussetzungen, Ziele, Dilemmata, Baden-Baden 1978, S. 55 ff.

<sup>32)</sup> Brandt schreibt in seinen Memoiren, er habe den Eindruck gehabt, daß Kissinger „die heiklen Ost-West-Fragen am liebsten insgesamt selber in die Hand genommen hätte“ (Brandt, a. a. O., S. 380); diesen Eindruck teilten damals übrigens fast alle Bonner Entscheidungsträger, die nur ein formales Verhältnis zum Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten hatten (Schmid, a. a. O., S. 254/255).

<sup>33)</sup> Karl Moersch am 21. Oktober 1979 im SWF II.

<sup>34)</sup> Willy Brandt schreibt über die Rolle Rushs: „Ohne die Energie des Amerikaners wäre das Berlin-Abkommen vermutlich nicht zustande gekommen. Rush hatte Nixons Vertrauen und verfügte über die Möglichkeit, sich ohne Einschaltung des State Department direkt an den Sicherheitsbeauftragten Henry Kissinger zu wenden“ (Brandt, a. a. O.).

ren die Achse, um die sich alles drehte" (S. 877). In direktem Kontakt und ohne Wissen des State Department hielt Rush die Verbindung zu Kissinger, zu Bahr, zu den westlichen Verbündeten und zu Sowjetbotschafter Abrassimov, den der Memoirenschreiber als „auch nach sowjetischen Maßstäben ungewöhnlich unnachgiebig und grob" (S. 875) darstellt.

Kissinger seinerseits verhandelte — und dies war bisher nur teilweise bekannt — mit Botschafter Dobrynin in Washington über konkrete Abkommensentwürfe beider Seiten<sup>35</sup>). Als dann im Mai 1971 auf Vorschlag Kissingers (!) auf der sowjetischen Seite Abrassimov gegen Valentin Falin ausgetauscht wurde, bildete das Trio Falin-Rush-Bahr die wichtigste Verhandlungsebene: „In der Folgezeit wurden die wichtigsten Verhandlungen im Rahmen dieses Forums geführt und bei Stockungen von Dobrynin und mir wieder in Gang gebracht. Jeder der drei Hauptunterhändler unterrichtete (wenigstens theoretisch) die anderen vom Inhalt aller außerhalb dieses Forums geführten Gespräche, denn nur so war es möglich, ein Chaos zu vermeiden. Die besonders zu diesem Zweck eingerichteten Nachrichtenverbindungen wurden gelegentlich durch die Vielzahl der hin und her gehenden Telegramme blockiert" (S. 881).

Daß bei diesem, an Kissingers Schilderung des „kurzgeschlossenen" improvisierenden Entscheidungssystems in Washington erinnernden, fast chaotischen Procedere nur einer (nämlich Kissinger selbst) nicht den gesamtpolitischen Überblick verlor, versteht sich von selbst. Allerdings: „Es war nicht immer ganz eindeutig, wie viele Kanäle es überhaupt gab und wer der Hauptunterhändler war" (S. 880).

Erstaunlich und entlarvend zugleich an dieser Darstellung ist, daß der Buchautor — in gelegentlich krassem Gegensatz zu bisher vorliegenden Informationen — das eigentliche bürokratisch-diplomatische Verhandlungsgremium, das im Kern aus den Botschaftern der vier ehemaligen Siegermächte, ihren Politi-

schen Botschaftsräten und „Legal Advisers" bestand, überhaupt nicht erwähnt und damit dessen Bedeutungslosigkeit im Verhandlungsprozeß suggeriert<sup>36</sup>). Lediglich in einer Fußnote deutet Kissinger an, daß er „eine komplexe multilaterale Verhandlungsrunde aus der vielleicht ein wenig einseitigen (sic!) Perspektive eines Teilnehmers beschreibe. Ich weiß nicht, welche bilateralen Kontakte es zwischen den anderen Teilnehmern gegeben hat ..." (S. 884). Der französische Botschafter in Bonn und spätere Außenminister Jean Sauvagnargues habe gegenüber Kissinger „mehrfach einen wichtigen Beitrag" erwähnt, „den er geleistet habe; er neigte nicht zu Übertreibungen, aber was er sagte, war mir unverständlich. Ich habe ihn nicht um nähere Erläuterungen gebeten, um ihm nicht zu widersprechen" (ebd.).

Damit hat das Viermächteabkommen über Berlin vom 3. September 1971 — zumindest in der Selbsteinschätzung des Memoirenschreibers — auf westlicher Seite neben Rush eigentlich nur einen „leiblichen" Vater: Henry Kissinger. Daß er selbst in seiner Darstellung einige vermutlich entscheidende „Kanäle" und Expertengespräche gar nicht erwähnt, weil sie ohne ihn bzw. gerade von den ihm so suspekten Bürokraten an ihm vorbei geführt wurden und ihm dann — etwa von Egon Bahr — so präsentiert wurden, daß er selbst sich als „Vater des Gedankens fühlen durfte"<sup>37</sup>), ändert sicherlich nichts an Kissingers persönlicher Wertschätzung seines eigenen Beitrages hinter den Kulissen, die er im gesamten ostpolitischen Entscheidungsprozeß zwischen 1969 und 1972/73 so kräftig schob und verschob. Am Rande erwähnt sei nur ein Beispiel: Bahrs „genialer Vorschlag" (S. 880), den er Ende April 1971 gegenüber Kissinger machte und der vorsah, daß beide Seiten davon Abstand nehmen sollten, ihre Positionen juristisch zu rechtfertigen, sondern lediglich praktische Verantwort-

<sup>35</sup>) Dies entspricht offenbar nur teilweise der Realität. Von Kissinger — vermutlich aus Unkenntnis — unterschlagen wird die wichtige Rolle des damaligen Politischen Botschaftsrats an der US-Mission in Bonn, Jonathan Dean, der die USA auch in der Bonner Vierergruppe vertrat und Rushs einflußreichster Mitarbeiter war. Dean leitet zur Zeit die amerikanische Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien. Auch Wilfrid Kohl schränkt Kissingers Behauptung ein: „U.S. policy in the Berlin negotiations was therefore a mixture of positions suggested by the bureaucracy, especially State and the American Embassy staff in Bonn, led by Jonathan Dean working in the Bonn Group ...", in: Kohl, a. a. O., S. 27. Daß Dean auch über gute Verbindungen zur SPD-Führung verfügte, ergibt sich aus seinem freundschaftlichen Verhältnis zum damaligen sehr einflußreichen Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Karl Wienand.  
<sup>37</sup>) So Karl Moersch am 21. Oktober 1979 im SWF II.

S. 514). Auch Wilfrid Kohl, Director des Johns Hopkins University Bologna Center und 1970/71 Mitglied des National Security Council Staff Kissingers, hebt die wichtige Funktion Botschafter Rushs hervor: „Rush obviously played an important role in the (Berlin) negotiations, but there were instances when even he, in spite of his close relationship with the President, did not know what was transpiring" (Wilfrid L. Kohl, The Nixon-Kissinger Foreign Policy System and U.S.-European Relations: Patterns of Policy Making, in: World Politics, Princeton, Vol. XXVIII, Oct. 1975, No. 1, S. 27).

<sup>36</sup>) Kohl bestätigt dies: „A further element in the back-channel network was Henry Kissinger's discussion of Berlin issues with Soviet Ambassador Dobrynin at several points", in: Kohl, a. a. O., S. 27.

lichkeiten und Verpflichtungen darstellen sollten, wurde in ausführlichen Expertendiskussionen im Auswärtigen Amt und Kanzleramt erarbeitet und anschließend mit Rush und Falin in Bonn abgestimmt. Erst danach legte Bahr diese „Anregung“ Kissinger vor<sup>38)</sup>. Der wiederum war sehr erstaunt, als Dobrynin sofort mit Eifer darauf einging, was Kissinger zu der — richtigen — Vermutung verleitete, daß der sowjetische Botschafter diesen Vorschlag „nicht zum erstenmal hörte“ (S. 880). Daraufhin verlangte der verblüffte Kissinger von Rush, nachdem er sich versichert hatte, „daß Bahr Verhandlungsvollmachten hatte“, sich „von Brandt persönlich die Rechtmäßigkeit des Verfahrens und die Substanz unseres Gesprächs bestätigen zu lassen“ (S. 880). Eines deutlicheren Beweises des Mißtrauens, das Kissinger Bahr entgegenbrachte, hätte es wohl kaum bedurft!

Ob der von Dobrynin am 15. März 1971 Kissinger vorgelegte Kompromiß, „für eine sowjetische Präsenz in West-Berlin, etwa die Einrichtung eines Konsulats, würde die Sowjetunion den Zugang garantieren“ (S. 878), nicht auch auf dem oben erwähnten „bürokratischen“ Weg entstanden ist, bleibt vorläufig offen, ist aber durchaus denkbar, zumal Bahr immer wieder als Initiator des Konsulatsvorschlages genannt worden ist. Daß auch Willi Brandt persönlich in die Verhandlungen eingriff und erreichte, daß die West-Berliner wieder das Recht auf Bundespässe eingeräumt bekommen<sup>39)</sup>, dürfte Kissinger ebenfalls entgegen sein.

Henry Kissinger hat mit der Darstellung der Ost- und Deutschlandpolitik aus seiner Sicht zweifellos eine nicht geringe Forschungslücke über die offizielle und inoffizielle amerikanische Haltung geschlossen. Ob es ihm allerdings gelungen ist, die inneren Antriebsmomente, Motivationen und spezifischen Bedingungen, aus denen heraus dieses Konzept entworfen und realisiert wurde, historisch richtig einzuordnen, erscheint dem Rezensenten bei allem Respekt vor Kissingers zeitgeschichtlichem Monumentalwerk fraglich. Vermutlich ist es dazu auch für einen Historiker und Staatsmann vom Range Kissingers zu früh.

\_\_\_\_\_

<sup>38)</sup> Brandt führt in seinen Memoiren aus: „Ich schrieb dazu, ohne es an die große Glocke zu hängen, einen persönlichen Brief an Breschnew“, in Brandt, a. a. O., S. 515.

<sup>39)</sup> Karl Moersch am 21. Oktober 1979 im SWF II.

## Zur auswärtigen Kulturpolitik

## Vorbemerkung

Warum auswärtige Kulturpolitik? Weil in der internationalen Politik die zwischenstaatlichen Kulturbeziehungen und darüber hinaus die Wechselbeziehungen zwischen den Kulturen und zwischen Politik und Kultur nicht ignoriert werden können.

Dabei ist von dem grundlegenden Wandel auszugehen, der in der internationalen Politik im Laufe der letzten drei Jahrzehnte durch eine Reihe von globalen Entwicklungen eingetreten ist — wie u. a. durch die Auflösung oder Verlagerung von politischen Zentren, die Zunahme der Weltbevölkerung und die Erschließung neuer technischer Dimensionen mit der nachfolgenden Erkenntnis von den Grenzen der Ressourcen. Diese Entwicklungen bringen es mit sich, daß heute immer mehr wirtschaftliche, militärische, soziale und ökologische Probleme in immer schnellerer Folge immer mehr Staaten und Völker unmittelbar und in der Gesamtheit ihrer Lebensumstände, also letzten Endes deren Grundformen des menschlichen Zusammenlebens, die Kulturen, berühren. Dies erschwert in vielen Fällen den für die Lösung solcher Probleme notwendigen internationalen Konsensus. Hinzu kommt, daß gleichzeitig mit der Vermehrung und der zunehmenden Komplexität der großen Probleme unserer Zeit sich die Zahl der Staaten seit 1945 auf das Dreifache vermehrt hat, wodurch die Erreichung eines Konsensus zusätzlich schwieriger geworden ist.

Die Interdependenz wird einerseits zwischen den Staaten und Regionen und andererseits zwischen den Problemstellungen immer stärker. Und dabei ist auch das Wechselspiel zwischen Kultur und Außenpolitik allgegenwärtig. Es zeigt sich beispielsweise in Westeuropa in eher hinderlichen, kulturell bedingten nationalen Partikularismen und regionalen Autonomiebestrebungen. Es wird sich voraussichtlich in der Europäischen Gemeinschaft zeigen, wenn bei deren anstehender Erweiterung mit der Aufnahme von drei weiteren

Staaten mediterraner Kultur das in der Gemeinschaft bereits vorhandene mediterrane Element wesentlich verstärkt werden wird, was auf die politische Kultur innerhalb der Gemeinschaft, d. h. auf die Art und Weise der gemeinsamen Behandlung der gemeinsamen Probleme, sehr viel stärkere Auswirkungen haben kann, als es die Zuführung eines nordisch-angelsächsischen Elementes politischer Kultur bei der ersten Erweiterung der bis dahin zentraleuropäisch bestimmten Gemeinschaft hatte. Und es zeigt sich dies Wechselspiel zwischen Außenpolitik und Kultur z. B. innerhalb Gesamteuropas in einer die ideologischen Grenzen und Gegensätze mildernden Funktion. Besonders stark aber kann es sich in allen die sogenannte „Dritte Welt“ betreffenden Entwicklungen zeigen — und hier in oft spektakulärer Form gerade auch in Konfliktsituationen. Denn die Entwicklung nuklearer Waffensysteme mit einem kaum noch vorstellbaren Zerstörungspotential hat zwar zu einer Art diffiziler Balance zwischen den Großmächten geführt, durch welche bisher eine weltweite militärische Katastrophe vermieden werden konnte. Sie hat aber nicht verhindert, daß die letzten 30 Jahre eine endlose Kette von lokalen und regionalen bewaffneten Auseinandersetzungen vor allem im Bereich der Dritten Welt gebracht hat. Und es ist ein Charakteristikum dieser Auseinandersetzungen, daß sich in ihnen die gegenseitige Unerbittlichkeit und Grausamkeit meist in dem Maße steigert, in dem im weiteren Sinne des Wortes kulturelle — darunter rassische und religiöse — Gegensätze wirksam werden.

Immer deutlicher wird somit die Rolle, welche in der internationalen Politik grundsätzlich unterschiedliche Verhaltensweisen einzelner Staaten, Völker und Regierungen spielen, die ihre Wurzeln letzten Endes in unterschiedlichen Kulturen haben. In einer immer enger werdenden Welt werden die kulturellen Unterschiede politisch spürbarer und bedeutsamer. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, daß Elemente westlicher, insbesondere angloamerikanischer, Kultur, nämlich aus dieser stammende Technologien, Verhaltensweisen, Problemstellungen und Konsumgewohnheiten, an der Oberfläche weltweite Verbrei-

Vorabdruck aus dem in Kürze im Carl Hanser Verlag in München erscheinenden Buch: „Auswärtige Kulturpolitik — Ein Überblick aus deutscher Sicht“.

tung finden. Ein eindeutiger kultureller Mittelpunkt, ein Konsensus über kulturelle (und damit u. a. sittliche und moralische) Werte fehlt der Weltgesellschaft mehr denn je.

Dies wird besonders einsichtig, wenn man den in den letzten Jahrzehnten erreichten hohen Stand internationaler Kommunikation berücksichtigt. Denn an sich könnten die hier technisch und organisatorisch gegebenen Möglichkeiten doch ein Mittel zur Erreichung einer größeren internationalen Solidarität auch unter einer größeren Zahl von Staaten gegenüber den diese Staaten gemeinsam betreffenden Problemen sein. Es zeigt sich aber, daß durch diese Kommunikation etwa in dem gleichen Maße, in dem sie hilft, Hindernisse abzubauen, neue Mißhelligkeiten und Antagonismen gefördert werden. Hinter dem Zu-

wachs an Problemen und der Entwicklung von technischen und organisatorischen Möglichkeiten zur Förderung von internationaler Verständigung mit dem Ziel, diese Probleme zu bewältigen, bleibt der tatsächliche Fortschritt in Verständigung und Verständnis der Staaten und Völker untereinander, bleibt das Verständnis für die Kultur des anderen noch immer weit zurück.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die kulturelle Komponente internationaler Beziehungen allgemein und im besonderen für die Außenpolitik jedes einzelnen Staates zunehmend an Gewicht. Für deren aktive Einbeziehung in die Außenpolitik hat sich im deutschen Sprachgebrauch die Bezeichnung „auswärtige Kulturpolitik“ eingebürgert.

## Kultur und Politik

Mit dem Begriff „auswärtige Kulturpolitik“ ist die Einbeziehung der internationalen Kulturbeziehungen in die Außenpolitik bzw. eine international ausgerichtete Kulturpolitik im Interesse der Außenbeziehungen eines Staates gemeint. In der außenpolitischen Praxis verwirklicht sich eine solche Politik in erster Linie in der Förderung internationaler Kulturbeziehungen durch den Staat. Die Frage nach der auswärtigen Kulturpolitik ist die Frage, was an solcher Förderung das eigentlich Politische ist, was mit ihr politisch bezweckt werden kann und soll.

Der Begriff „auswärtige Kulturpolitik“ reflektiert gleichzeitig die Schwierigkeiten, die sich stellen, wenn man den Aktionsbereich dieses Teiles einer Außenpolitik beschreiben und gegen andere Aktionsbereiche abgrenzen will. Die Begriffe „auswärtig“ und „Politik“ sind dabei unproblematisch. Schwieriger wird es bei der „Kultur“. Man weiß, es gibt für diesen Begriff einige hundert Definitionsversuche. Ihnen soll hier nicht ein weiterer folgen. Für unsere Zwecke mag vielmehr zunächst das traditionell gefestigte Verständnis genügen, nach dem der Begriff „Kultur“ im wesentlichen zwei Dinge umfaßt: einmal alle Werke, Manifestationen, Hervorbringungen geistiger, musischer, künstlerischer Natur und zum anderen deren Rezeption, Anerkennung oder Ablehnung durch mehr oder weniger große Teile der Bevölkerung. Gewiß, die Meinungen darüber, welche Werke oder Manifestationen der Kultur zuzurechnen sind und welche nicht, gehen oft auseinander. Und auch über Formen und Grenzen der Rezeption gibt es Meinungsunterschiede. Von einem Konsensus, daß beides,

das Kulturprodukt und dessen Rezeption, zusammengenommen das „Kulturleben“ eines Staates ausmacht, wird man allerdings ausgehen können.

Werden somit internationale Kulturbeziehungen hier zunächst als Beziehungen zwischen dem Kulturleben eines Staates und dem anderer Staaten verstanden, so stellt sich als nächstes eben die Frage, was an diesen Beziehungen das eigentlich Politische sein kann, was wiederum zu der grundsätzlichen Frage nach dem Verhältnis von Kultur und Politik führt. Auch hier soll nicht versucht werden, auf diese schon oft beantwortete Frage eine weitere Antwort zu finden. Für den Zweck weiterer Untersuchung aber kann gesagt werden: Kultur bleibt zunächst immer Aufgabe und Problem des einzelnen. Künstlerisches Schaffen, wissenschaftliche Forschung und Lehren und deren Rezeption, die Betätigung des Menschen in vielfältigster Form als „homo ludens“ sein allgemeines kulturelles Verhalten usw. sind zunächst immer individuelle Vorgänge. Politische Qualität erlangt Kultur erst in dem Maße, in dem sie über das Individuelle hinausgeht, in dem das Individuelle gesellschaftliche Wirkung erlangt. (Als einfachstes Beispiel auch ein nicht veröffentlichtes Buch ist Teil der Kultur; gesellschaftliche und die Möglichkeit politischer Wirkung erreicht es erst durch Veröffentlichung.) Für die Politik wiederum ist die Kultur unausweichlich eines ihrer Themen. Kultur und Politik begegnen sich in ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Wirkung in einem Kooperations- oder Spannungsverhältnis zueinander. Sie sind aber nicht Gegensätze, sondern Teile ein und desselben Vorgangs.

dem Kultur politische Qualität gewinnt und Politik sich kultiviert.

Zur Möglichkeit der Kultur, auf die Politik einzuwirken, ist von dem ersten Präsidenten der Bundesrepublik, dem Schriftsteller und liberalen Politiker Theodor Heuss, aus einer Rede, die er als Abgeordneter des Deutschen Reichstags Mitte der zwanziger Jahre gehalten hatte, der seither viel zitierte Satz überliefert: „Mit Politik kann man keine Kultur machen; vielleicht kann man mit Kultur Politik machen.“ Ein Satz, der zweifellos richtig ist, aber auch nicht ganz ungefährlich, falls er als Berufungsinstanz dienen sollte. So wäre durch ihn z. B. das gedeckt, was einige Jahre früher der nachmalige preußische Kultusminister C. H. Becker in einem für die damalige Kulturpolitik bedeutsamen Gutachten für die Reichsregierung geschrieben hatte: „Kulturpolitik heißt bewußte Einsetzung geistiger Werte im Dienste des Volkes und des Staates zur Festigung im Innern und zur Auseinandersetzung mit anderen Völkern nach außen.“ Ebenso wären durch ihn aber auch Ansichten gedeckt, wie beispielsweise eine unlängst in einem Kolloquium zu hörende Forderung, man müsse „die kulturellen Probleme bis zu einem Punkt vorantreiben, wo sie die Strukturen des Staates erschüttern“. Beides kann nicht das sein, was der Liberale Th. Heuss gemeint hat, dem sicher nichts ferner lag, als auf solche Weise die Kultur der Politik verfügbar zu machen. Ihm konnte es kaum um eine Art „geistiger Waffenschmiede“ oder „Systemüberwindung“ gehen, sondern wohl nur um den Um-

stand, daß durch die Einwirkung der Kultur mit deren ganz spezifischen Wirksamkeiten auf die Politik vielleicht (bessere?) Politik gemacht werden könne.

Die Entwicklung der Politik auf die Kultur wiederum spielt sich in einer Gesellschaft in der bekannten Weise und innerhalb der bekannten Bandbreite ab. Am einen Ende steht das absolutistische Herrschaftssystem oder die Diktatur mit dem Bestreben, die Kultur in das oktroyierte politische Gesamtkonzept einzupassen und diesem dienstbar zu machen. Am anderen Ende des Spektrums steht der konsequent liberale Staat, in dem es zwar zur Aufgabe der Politik gehört, die Kultur zu erhalten und zu pflegen und ihr die Möglichkeit zur Entfaltung zu schaffen, die Kultur hierbei aber im wesentlichen sich selbst und ihren eigenen Gesetzen überlassen bleibt.

Andererseits wird allerdings auch in dem Maße, in dem sich in einem Staate liberale Demokratie und damit eine Meinungsbildung in der ganzen Breite menschlicher Ansichten, Wünsche und Ängste entwickelt, die Grenze zwischen Kultur und Politik immer fließender. Eine mit zunehmender Demokratisierung zunehmende allgemeine Politisierung kann z. B. eine Unterscheidung zwischen einem „politischen“ Buch oder Bildwerk und einem „nur kulturellen“ Buch oder Bildwerk immer schwieriger machen. Hier liegen im Zusammenwirken von Kultur und Politik die gesellschaftlichen Chancen und Risiken einer liberalen Demokratie.

## Beginn im 19. Jahrhundert

Dies alles ist seit langem nicht mehr neu. Relativ jungen Datums hingegen ist die Erkenntnis, daß auch die kulturellen Beziehungen zwischen Staaten und Völkern politische Qualität und Wirksamkeit haben können, daß auch international die Möglichkeit gegeben ist, „mit Kultur Politik zu machen“. Internationale kulturelle Beziehungen sind ebenso alt wie alle anderen Beziehungen zwischen den Völkern. Ihre Einbeziehung in die Außenpolitik der Staaten begann jedoch erst vor weniger als hundert Jahren als Spätfolge der nationalstaatlichen Entwicklung in Europa.

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges waren es fast ausschließlich die größeren Staaten Europas, die aus außenpolitischen Motiven internationale Kulturbeziehungen förderten. Dabei handelte es sich in erster Linie, wenn nicht überhaupt nur, um eine nationale (gelegentlich auch nationalistische) Kulturwerbung

bzw. -propaganda. Kultur wurde als Teil des nationalen Eigenwertes und Prestiges aufgefaßt. Kulturelle Präsentation und Repräsentation im Ausland wurden aus einem ungebrochenen und unreflektierten Gefühl von dem einmaligen und hervorragenden Wert der eigenen Kultur als unmittelbare Hilfsmittel für die Durchsetzung der jeweiligen Außenpolitik verstanden. Dafür wurden die sozusagen „bewährten kulturellen Werte“ entsprechend „eingesetzt“. Sie sollten nicht nur zum Verständnis der eigenen Kultur durch andere beitragen, sondern vor allem den anderen durch Teilnahme an (ausgewählten) Teilen der eigenen Kultur deren Wert und damit in subtiler Form auch die Stärke der eigenen Nation bewußt machen und so die Durchsetzung außenpolitischer Vorhaben erleichtern.

Anderes wäre wohl auch kaum möglich gewesen. Denn auch dieser Teil der Außenpolitik

war unausweichlich Teil des allgemeinen Verhältnisses der Staaten untereinander, das in dieser Epoche eben durch einen betonten Nationalismus, durch Kolonialismus und Imperialismus der Staaten Europas gekennzeichnet war. Diesen Leitprinzipien wurde auch die Steuerung und Förderung internationaler Kulturbeziehungen untergeordnet, wobei der Übergang von Information und Werbung um Verständnis zu Propaganda und zu einer mehr oder weniger direkten Form der Beeinflussung im eigenen politischen Interesse immer fließend blieb. In dieser Hinsicht unterschied sich auch das Deutsche Reich in keiner Weise von den anderen Großmächten der damaligen Zeit.

Deutscher Gründlichkeit und Treuerzigkeit aber blieb es vorbehalten, das Kind bei seinem politischen Namen zu nennen. Es scheint, daß der heute im deutschen Sprachraum übliche Begriff „auswärtige Kulturpolitik“ zum erstenmal 1912 von dem Historiker Karl Lamprecht in einem Vortrag verwendet wurde, in dem er unter Hinweis auf die kulturellen Aktivitäten anderer Staaten im Ausland ein stärkeres deutsches Engagement in dieser Richtung for-

derte. Wenig später heißt es in einem Brief des Reichskanzlers Bethmann Hollweg an Lamprecht: „Ich bin mit Ihnen von der Wichtigkeit ja der Notwendigkeit einer auswärtigen Kulturpolitik überzeugt. Ich verkenne nicht die Nutzen, den Frankreichs Politik und Wirtschaft aus dieser Kulturpropaganda zieht, noch die Rolle, die die britische Kulturpropaganda für den Zusammenhalt des britischen Weltreichs spielt. Auch Deutschland muß wenn es Weltpolitik treiben will, diesen Weg gehen ... Wir sind ein junges Volk, haben vielleicht allzuviel noch den naiven Glauben an die Gewalt, unterschätzen die feineren Mittel und wissen noch nicht, daß, was die Gewalt erwirbt, die Gewalt allein niemals erhalten kann.“ Beginn deutscher auswärtiger Kulturpolitik also im Stile der Zeit. Dabei ist es nicht ohne Ironie, daß als erste kulturelle Arbeitseinheit im Auswärtigen Amt im Jahre 1906 ein Referat zur Betreuung des noch heute umstrittensten Teils auswärtiger Kulturpolitik eingerichtet wurde: ein Schulreferat. Bald gesellte sich zum Auslandsschulwesen als zweiter Schwerpunkt die seither nicht weniger strikte Betreuung des Deutschtums im Auslan-

## Weimar und Nazizeit

Das Ende des Ersten Weltkriegs brachte für das Deutsche Reich auch das Ende aller Möglichkeiten, auswärtige Kulturpolitik im Stile der Vorkriegszeit als propagandistische Hilfsmittel von Machtpolitik zu verwenden. Ein Neubeginn war mühsam und wurde zusätzlich dadurch erschwert, daß die Kulturpropaganda der Vorkriegszeit in den Kriegsjahren zum Teil der Kriegspropaganda geworden war.

In ihren Anfängen blieb die auswärtige Kulturpolitik der Weimarer Zeit widersprüchlich; eine Neuorientierung kam nur langsam in Gang. Immerhin findet sich aber z. B. schon in dem erwähnten Gutachten von C. H. Becker neben dem weiter oben zitierten, ganz den traditionellen Anschauungen verhafteten Postulat von der Kultur als Kampfmittel u. a. der kritische Hinweis, auswärtige Kulturpolitik sei bis dahin nur „ein Vehikel wirtschaftlichen Einflusses oder ein graziöser Schnörkel auf dem kaufmännischen Wechsel“ gewesen, oder auch ein so zukunftsweisender und auch aus heutiger Sicht noch progressiver Stoßseufzer wie: „Von dem Wahn, daß mit Selbstlob und Pressepropaganda Kulturpolitik gemacht werden könnte, sind wir befreit.“ Langsam entwickelte sich ein Trend zu einer Autonomie der Kultur gegenüber anderen politischen Zwecken. Durch die starke Einbeziehung des Aus-

landsdeutschtums in die auswärtige Kulturpolitik aber entstand oft eine ungute Verbindung zwischen einer solchen Forderung nach Autonomie der Kultur und den außenpolitisch schwierigen, vor allem kulturell argumentierten Forderungen nach einem besonderen Status für deutsche Minderheiten in anderen Ländern.

Das eigene Gewicht auswärtiger Kulturpolitik im Rahmen der Außenpolitik kam 1920 in der Gründung einer besonderen Abteilung für diesen Aktionsbereich im Auswärtigen Amt zum Ausdruck — die allerdings noch die Bezeichnung „Abteilung für Deutschtum im Ausland und kulturelle Angelegenheiten“ führt. Zu ihren Aufgaben zählten neben der Betreuung des Auslandsdeutschtums und insbesondere der Auslandsschulen zusätzlich der wissenschaftliche Austausch mit dem Ausland und die Förderung der deutschen Sprache im Ausland.

Etwa Mitte der zwanziger Jahre scheint dann die Illusion, auswärtige Kulturpolitik könne irgendeiner Weise als Ersatz für nicht mehr mögliche Machtpolitik dienen, überwunden gewesen zu sein. Mehr und mehr entwickelte sich aus den Notwendigkeiten, die sich aus der Stellung des Deutschen Reiches in der We-

ergaben, vor allem aus dem Bemühen um eine volle Wiederherstellung des Vertrauens zu Deutschland, eine Politik der Kulturwerbung und -präsentation im besten Sinne des Wortes. Auf der Grundlage eines — vor allem in der Berliner Szene — besonders lebhaften, originellen und international interessanten Kulturlebens in Deutschland entwickelten sich erste Ansätze einer moderneren auswärtigen Kulturpolitik.

1933 wurde diese positive Entwicklung jäh unterbrochen. Auch die auswärtige Kulturpolitik wurde von den Nazis „gleichgeschaltet“. Es scheiterte zwar ein Versuch von Goebbels, die Verantwortung für sie seinem „Reichsministe-

rium für Volksaufklärung und Propaganda“ zu übertragen, doch wurde auch die auswärtige Kulturpolitik des Deutschen Reiches letzten Endes, wie vieles andere, zum Instrument der nazistischen Politik. Insbesondere die Betreuung der Deutschen im Ausland denaturierte zu einer Volkstumspolitik unter nazistischem Vorzeichen, deren negative Auswirkungen noch lange nach 1945 spürbar blieben. Kulturwerbung und -präsentation im Ausland wurden nach dem bewährten Rezept aller Diktaturen dafür eingesetzt, das eigene Regime gegenüber der Welt harmlos, human und moralisch hochwertig erscheinen zu lassen. Das herausragende Beispiel bleiben die Olympischen Spiele von 1936 in Berlin.

## Bundesrepublik Deutschland

Dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes folgte ab 1945 eine längere „Stunde Null“. Mit den Militärregierungen regierte Militär über ein total zerstörtes Deutschland. Das Bedürfnis der Deutschen, wieder Anschluß an die internationalen kulturellen Entwicklungen zu finden, traf sich mit dem Wunsch der Besatzungsmächte, jeweils dem in ihrer Besatzungszone lebenden Teil des deutschen Volkes ihre eigene Kultur, dazu ihre eigenen politischen und weltanschaulichen Auffassungen und Orientierungsprinzipien intensiv zu vermitteln. Nur langsam entstanden von dem, was an eigenem Kulturleben in der Nazizeit nicht zerstört oder deformiert worden war, neue deutsche Initiativen in Richtung Ausland.

Mit der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland begann dann ab 1949 erneut die staatliche Förderung der deutschen internationalen Kulturbeziehungen. Ab 1950 arbeitete die Bundesrepublik im „Rat für kulturelle Zusammenarbeit“ des Europarats mit; 1951 wurde sie Mitglied der UNESCO. Aus bescheidenen Anfängen entwickelte sich die Förderung internationaler Kulturbeziehungen durch die Bundesregierung — in den fünfziger Jahren etwas ungeordnet und sprunghaft, seither etwas stetiger — bis zu der heutigen sogenannten „Auswärtigen Kulturmilliarde“, d. h. der Veranschlagung von über einer Milliarde Deutsche Mark für diese Zwecke im Bundeshaushalt. Hinsichtlich der außenpolitischen Motivierung und Steuerung dieser Förderung entwickelten sich drei Linien.

Zunächst war es — ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg, aber unter völlig anderen Voraussetzungen und mit verstärktem Erfordernis — das Ziel, durch eine seriöse Kulturwerbung das Vertrauen der Welt wieder zu gewinnen und abgerissene internationale

Kontakte wiederherzustellen. Es ist eine bittere Ironie der Geschichte, daß das deutsche Volk dabei die besondere Unterstützung durch diejenigen seiner Angehörigen fand, die durch die Nazis verjagt worden waren: durch die deutschen Emigranten. Die Rolle, die die deutsche Emigration bei der Erhaltung des Bildes vom „anderen Deutschland“ gespielt hat, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Später setzte sich das Bedürfnis nach einer Kulturwerbung aus dem Wunsche fort, daß die Bundesrepublik in der Welt nicht nur aus der Perspektive eines „Wirtschaftswunders“ oder als „Volkswagen-Staat“ verstanden, sondern in ihrer ganzen historischen, kulturellen und sozialen Wirklichkeit begriffen werde. Eine weitere Orientierungslinie ergab sich über lange Jahre aus dem für die damalige deutsche Außenpolitik maßgeblichen Primat einer Politik der Nichtanerkennung gegenüber der DDR. Dieser zeitlich begrenzten Zielsetzung war auch die auswärtige Kulturpolitik zugeordnet und damit in ihrer freien Entfaltung teilweise beträchtlich eingegengt.

Seit einigen Jahren können sich unsere internationalen Kulturbeziehungen frei von solchen Einengungen und über den thematisch begrenzten Bereich einer Kulturwerbung hinaus entfalten. Damit ergibt sich die Notwendigkeit, eine neue langfristige Orientierung zu entwickeln und die für deren Verwirklichung nötigen Verfahren einzuleiten. Kurz: Es stellt sich die Frage nach der Konzeption. Über sie ist in der Bundesrepublik in den letzten Jahren im Kreise der interessierten Politiker, Kulturschaffenden und anderer Fachleute eingehend diskutiert worden. Die politisch relevanten Ergebnisse haben ihren Niederschlag in dem Bemühen von Bundesregierung und Bundestag um eine Reform der auswärtigen Kulturpolitik gefunden.

## Veränderte Bedingungen

Die Wiederaufnahme internationaler kultureller Kontakte durch die Bundesrepublik Deutschland fiel in eine Zeit, in der sich die Bedingungen für solche Kontakte radikal verändert hatten. Auf einige Aspekte dieser Entwicklung wurde bereits in der Vorbemerkung hingewiesen. Generell haben in den letzten ein bis zwei Jahrzehnten die verstärkte internationale Interdependenz politischer und wirtschaftlicher Vorgänge, die intensivierten und beschleunigten internationale Kommunikation und die in den meisten Ländern verstärkte Teilnahme breiterer Bevölkerungsschichten an kulturellen Entwicklungen auch die kulturellen Kontakte und in ihrem Gefolge den Kulturaustausch zwischen den Staaten belebt. Damit erhielten die internationalen Kulturbeziehungen und insbesondere deren Förderung durch die Regierungen in zunehmendem Maße auch ein politisches Gewicht und letzten Endes zumindest partiell politische Funktion.

Umgekehrt verstärkte sich eben darum der unmittelbare Einfluß der Politik auf die auswärtigen Kulturbeziehungen. Die internationalen kulturellen Organisationen, allen voran die UNESCO, gewinnen in den Spannungsfeldern des Ost-West- und des Nord-Süd-Verhältnisses an außenpolitischer Bedeutung und werden gleichzeitig bei häufigen Gelegenheiten zur Szene für außenpolitische Auseinandersetzungen. In Europa zeigen die Bemühungen zunächst um die Vereinbarung und jetzt um die Verwirklichung der Grundsätze im „dritten Korb“ (menschliche Begegnungen, Austausch von Informationen und Meinungen) der „Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE), welches politische Gewicht kulturelle Kontakte zwischen europäischen Staaten unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Ordnung haben. Eine neue Dimension ist auch für die kulturellen Beziehungen durch den Eintritt der jungen Staaten der Dritten Welt in die Völkergemeinschaft entstanden. Neben die Notwendigkeit einer verständnisvollen

## Kulturpolitik — Kulturwerbung

Die klassischen und bis heute unveränderten Instrumente für die Förderung internationaler Kulturbeziehungen durch die Regierungen sind zwischenstaatliche Vereinbarungen und staatliche Subventionen für die Auslandswirkung der eigenen Kultur und gelegentlich zusätzlich auch für die Präsentation ausländischer

Unterstützung durch die Industriestaaten beim Aufbau von Erziehungs- und Ausbildungssystemen tritt das zunehmende legitime Bedürfnis dieser Staaten und Völker, ihre eigene ganz spezifische kulturelle Identität (erneut) zu entwickeln. Die in den Vereinten Nationen sich anbahnende Auseinandersetzung um eine Neuverteilung der Ressourcen der Welt hat, da zu ihnen u. a. auch das „know how“ gehört, beträchtliche Auswirkungen auch auf die kulturellen Beziehungen.

Wegen einer solchen von außen auf die internationalen Kulturbeziehungen einwirkenden Politisierung muß sich heute nolens volens in ziemlich jeder Regierung in irgendeiner Form auch um diese Beziehungen kümmern. Hinzu kommt bei den meisten Staaten das verstärkte Bestreben, die eigene Kultur auf irgendeiner Weise in das außenpolitische Kalkül einzubringen. Damit ist die Förderung internationaler Kulturbeziehungen mit politischer Absicht heute keineswegs mehr nur eine Sache von einigen wenigen großen Staaten. Es scheint allerdings, daß sich die größeren Staaten einer politischen Wertung ihrer internationalen Kulturbeziehungen, selbst wenn sie dies wollten, kaum entziehen können.

Für die Bundesrepublik Deutschland stellt bereits intern die „Auswärtige Kulturmilliarde“ nach der finanziellen Größenordnung für sich genommen ein Politikum dar. Vor allem aber zeigt sich aus einem internationalen Vergleich, daß für ein Land von der Größe und vernetzten internationalen Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland internationale kulturelle Beziehungen nicht nur eine Art mehr oder weniger schmückender Beigabe zu den im engeren Sinne außenpolitischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Beziehungen sein können, sondern eigenes politisches Gewicht gewinnen. Die intensive Einziehung der Bundesrepublik in die Ost-West- und in die Nord-Süd-Beziehungen sowie die Nebeneinander von Bundesrepublik Deutschland und DDR im Zentrum Europas und in vielen Teilen der Welt machen dies evident.

schwerer Kultur im eigenen Lande. Dabei lassen sich heute bei einem Überblick über die internationale Szene hinsichtlich der grundsätzlichen politischen Bewertung kultureller Außenbeziehungen zwei Prototypen feststellen. Neben einer Politik, die diese Beziehungen ein integrales und politisch wichtiges Element

der Außenbeziehungen versteht, findet man eine Politik, für die die kulturellen Beziehungen zwar auch ein Politikum darstellen, dies aber nur im Sinne einer für die allgemeine Außenpolitik zusätzlichen, werbenden Wirkung. Vereinfacht ausgedrückt: Hier auswärtige Kultur-Politik, dort auswärtige Kultur-Werbung. Als unverfängliche Beispiele seien Frankreich und die Schweiz genannt.

Aufbauend auf der Tradition einer für jeden Franzosen unumstrittenen Überzeugung von der völligen Identität von Staat, Nation, Volk und Kultur (der „Civilisation Francaise“) und einer ebenfalls langen Tradition einer „mission civilatrice“ Frankreichs vertritt man dort von allen Staaten am längsten die Auffassung, daß, wie es in einem der letzten Jahresberichte der Kulturabteilung des französischen Außenministeriums heißt, „die kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Beziehungen mit anderen Staaten integraler Teil der Außenpolitik Frankreichs“ sind. Für die Durchführung dieser Politik, die ihre Schwerpunkte in der Förderung des schulischen und akademischen Unterrichts und der französischen Sprache im Ausland hat, stehen allein dem Außenministerium jährlich rund 700 Mio. DM zur Verfügung.

In der Schweiz ist die Betreuung der internationalen Kulturbeziehungen der zwar von der Regierung finanzierten, ansonsten aber von ihr unabhängigen Stiftung „Pro Helvetia“ übertragen. Neben einigen innerschweizerischen Obliegenheiten ist die Aufgabe dieser Stiftung nach ihrer Satzung: „die Pflege der kulturellen Beziehungen mit dem Ausland, insbesondere durch Werbung um das Verständnis für das schweizerische Gedanken- und Kulturgut“. „Pro Helvetia“ erfüllt diese Aufgabe als Mitglied einer „Koordinationskommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland“, in der neben Regierungsvertretern noch die Zentralen für Handelsförderung, Verkehr und Außenhandelskammern, der Verein der Schweizer Presse, die Luftlinie „Swissair“ usw. Mitglied sind. Die politische Bedeutung internationaler Kulturbeziehungen wird somit auch hier erkannt, doch werden diese Beziehungen eher als ein zusätzliches Element der außenpolitischen Werbung begriffen. Für diese Zwecke stehen

„Pro Helvetia“ jährlich rund 3,2 Mio. DM zur Verfügung.

Die Übergänge zwischen den beiden Grundlinien „Politik“ und „Werbung“, für welche auch Frankreich und die Schweiz nur cum grano salis als Beispiele gelten können, sind immer fließend. Beides kann neben- und miteinander existieren, wie gerade das Beispiel Frankreichs zeigt, das mit Talleyrands Weisung an die ausreisenden französischen Botschafter „Faites aimer la France“ vielleicht sogar als das Ursprungsland politisch motivierter Kulturwerbung im Ausland betrachtet werden kann.

Zusätzlich von Interesse ist an den beiden Beispielen noch der interne Unterschied in den Verfahren. Frankreich als Beispiel für das Konzentrationsprinzip, nach dem Planung, Durchführung und Kontrolle aller von der Regierung geförderten internationalen Kulturbeziehungen ganz oder fast ganz in den Händen der Regierung (hier: des französischen Außenministeriums) liegen. Die Schweiz als Beispiel für das Delegationsprinzip, nach dem Planung, Durchführung und Kontrolle ganz oder weitgehend delegiert werden.

Die Art des Verfahrens sagt allerdings noch nicht unbedingt etwas über die politische Beurteilung aus. Für Großbritannien z. B. stellt die Förderung internationaler Kulturbeziehungen trotz deren Delegation an das „British Council“ zweifellos einen wesentlichen Teil der Außenpolitik dar. In manchen kleineren Staaten wiederum, vor allem in Staaten der Dritten Welt, liegt die Förderung dieser Beziehungen zwar in den Händen der Regierung selbst, beschränkt sich aber im wesentlichen auf Kulturwerbung. Worauf es entscheidend ankommt, ist vielmehr das politische Verständnis, aus dem heraus die jeweilige Regierung sich für die eine oder andere grundsätzliche Auffassung von der Pflege internationaler Kulturbeziehungen entscheidet. Doch scheint es, daß die Staaten in dem Maße, in dem sie nach Größe und internationaler Verflechtung außenpolitisches Gewicht haben, auch bei der Pflege ihrer auswärtigen Kulturbeziehungen über eine allgemeine Kultur-Werbung hinaus ebenso mehr und mehr zu einer differenzierten Kultur-Politik kommen.

## Kultur und Macht

Wird die Förderung internationaler Kulturbeziehungen so zu auswärtiger Kulturpolitik, so wird sie Teil der Außenpolitik, die wiederum nach wie vor im wesentlichen Machtpolitik ist.

Damit stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Kultur zur Macht und insonderheit die Frage, was in dieser Hinsicht das Ziel deutscher auswärtiger Kulturpolitik sein kann.

Der Leiter eines nicht ganz unbekanntes deutschen Universitätsinstituts, das sich auf die Untersuchung internationaler Kulturbeziehungen spezialisiert hat, sah vor einigen Jahren die Möglichkeit noch so: „Einem zunehmenden Verzicht auf den Einsatz bewaffneter Macht steht z. B. die kontinuierlich verstärkte Inanspruchnahme kulturpolitischer Mittel zur Durchsetzung außenpolitischer Vorstellungen in unserer Zeit gegenüber.“ Solche Ansicht könnte als verspäteter zweiter Aufguß der weiter oben zitierten Mutmaßungen von Bethmann Hollweg über die Möglichkeiten und den Wert einer auswärtigen Kulturpolitik aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg beiseite gelassen werden. Doch lassen sich vielleicht gerade aus solchem Mißverständnis Chancen, Möglichkeiten und Grenzen einer auswärtigen Kulturpolitik in unserer Zeit gut verdeutlichen.

Sicher ist auswärtige Kulturpolitik, wie auch jeder andere Teil jeder Außenpolitik, Interessenpolitik. Und es ist und bleibt das legitime Bestreben auswärtiger Kulturpolitik, die eigene Kultur im Interesse des eigenen Staates international wirksam werden zu lassen. Falsch wäre es jedoch, auswärtige Kulturpolitik in Anlehnung an machtpolitische Kriterien betreiben zu wollen. Sicher ist Außenpolitik immer eben auch Machtpolitik. Daran ändert sich auch nichts, wenn Außenpolitik in erster Linie als Friedens- und Entspannungspolitik betrieben wird und damit an Stelle einer Machtauseinandersetzung eine Entschärfung von Machtgegensätzen und ein Machtausgleich angestrebt werden. Unstreitig ist auch, daß die Kultur der anerkanntermaßen „Mäch-

tigen“ unter den Staaten auf Grund ihrer Macht mehr Gewicht bekommen oder von die sen — á la 19. Jahrhundert — für Zwecke der eigenen Machtpolitik eingesetzt werden kann. Kultur ist aber an sich kein Machtfaktor. Dies wird deutlich im Blick auf die kleineren Staaten. Für Island z. B. ist seine geographische Lage ein Machtfaktor bei seiner Mitgliedschaft in der NATO. Einem ansonsten machtlosen Land der Dritten Welt kann durch Rohstoffvorkommen auf seinem Territorium Macht zuwachsen. Man hat aber noch nie gehört, daß beispielsweise Holland aus seinem unumstritten gewichtigen kulturellen Erbe oder aus seinem ebenso unumstrittenen lebendigen heutigen kulturellen Leben zusätzliche Macht für die unmittelbare Vertretung seiner außenpolitischen Interessen zugewachsen wäre.

Auswärtige Kulturpolitik unterscheidet sich somit hinsichtlich ihres Verhältnisses zur politischen Macht ganz wesentlich von allen anderen Teilen einer Außenpolitik. Sie muß daher nach Weg und Ziel vernünftigerweise losgelöst von machtpolitischen Überlegungen in Einklang mit ihren realen Möglichkeiten und mit den realen Verhältnissen betrieben werden. Will man also im Bereich der Außenpolitik im Sinne von Theodor Heuss „mit Kulturpolitik machen“, so kann dies in einer Zeit, in der es ohnehin immer weniger gelingen kann, anderen die eigene Kultur zu oktroyieren, für die Bundesrepublik Deutschland nur bedeuten, die Wirksamkeit der eigenen Kultur im Ausland nach Grundsätzen zu fördern, die einer liberalen Kulturpolitik im eigenen Land entsprechen.

## Kultur und Staat

Damit ist die Frage aufgeworfen, wie in einer liberalen Demokratie im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik das Verhältnis zwischen Staat und Kultur geordnet werden kann, also die Frage der Organisation. Die organisatorischen Formen für die Durchführung auswärtiger Kulturpolitik einerseits und andererseits die letzten Endes natürlich wesentlich wichtigeren sachlichen Inhalte internationaler kultureller Beziehungen sind selbstredend zwei grundsätzlich voneinander zu unterscheidende Problembereiche. Es wäre ein Irrtum zu glauben, man könne durch Maßnahmen im einen Bereich Probleme im anderen Bereich auf einfache Weise lösen. Gleichwohl ist beides voneinander abhängig und bedingt sich gegenseitig. Die Frage nach der Organisation auswärtiger Kulturpolitik stellt sich in zweifa-

cher Hinsicht: einmal auf der staatlichen Seite zum anderen auf der Seite der nicht-staatlichen Träger auswärtiger Kulturpolitik. Unschließlich hat das Verhältnis der beiden Seiten zueinander Bedeutung.

In der Bundesrepublik Deutschland ist davon auszugehen, daß die Kulturhoheit, d. h. die Zuständigkeit für Kulturpolitik innerhalb der Bundesrepublik, bei den Bundesländern liegt. Für die Außenbeziehung und damit für auswärtige Kulturpolitik ist hingegen die Bundesregierung zuständig. Da bei dieser Zuständigkeitsverteilung unsere Verfassungswirklichkeit einen Bundeskulturminister nicht kennt, fehlt ein entsprechender natürlicher Schwerpunkt innerhalb der Bundesregierung. Die auswärtige Kulturpolitik ist bisher noch de-

einzigste Sachbereich unserer Außenbeziehungen, für den es — im Gegensatz zu allen anderen Sachbereichen (Wirtschaft, Finanzen, Verteidigung, Entwicklungspolitik usw.) — neben dem für alle Außenbeziehungen politisch grundsätzlich zuständigen Auswärtigen Amt keinen speziell auf den Sachbereich bezogenen Schwerpunkt innerhalb der Bundesregierung in Form eines Ministeriums gibt. Das Auswärtige Amt erfüllt innerhalb der auswärtigen Kulturpolitik zwar eine wichtige, aber letzten Endes doch nur eine Teilfunktion. Z. B. wird die „auswärtige Kulturmilliarde“ zwar zu einem Drittel vom Auswärtigen Amt, im übrigen aber von etwa zehn anderen Bundesministerien bewirtschaftet. Der Frage der Mittelbewirtschaftung kommt insofern besondere Bedeutung zu, als die politische Gestaltung internationaler Kulturbeziehungen zum guten, wenn nicht größten Teil eben nur über die Subventionierung mit öffentlichen Mitteln möglich ist.

Da die bei uns auf viele Ministerien verstreuten kulturellen Aktivitäten dort oft nur Teile, manchmal „Anhängsel“ anderer Schwerpunktbereiche sind, mindert eine solche Diffusion der Zuständigkeiten nicht nur die Möglichkeiten für die Durchführung einer auswärtigen Kulturpolitik, sondern bereits auch die Möglichkeiten für Konzeption und Planung. Desgleichen besteht außerhalb der Bundesregierung kein Schwerpunkt, der etwa dem „British Council“ in Großbritannien oder der Stiftung „Pro Helvetia“ in der Schweiz vergleichbar wäre. Mehrere sogenannte „Mittlerorganisationen für die auswärtige Kulturpolitik“ und eine Reihe anderer Organisationen teilen sich bei uns mit zahlreichen Überschneidungen und Unklarheiten in die Aufgaben, die in Großbritannien und in der Schweiz jeweils eine einzige Trägerorganisation erfüllt.

Es werden somit in der Bundesrepublik die internationalen Kulturbeziehungen politisch

weder nach dem Konzentrationsprinzip noch nach einem einheitlichen Delegationsprinzip betreut. Es besteht vielmehr eine Art Mischform, bei der einerseits mehrere Ministerien und andererseits mehrere Organisationen planen, durchführen und kontrollieren, bei der also in gewisser Weise die Nachteile beider Prinzipien in Kauf genommen werden. Entsprechend verteilt sind die politischen Zuständigkeiten auch im Bundestag über mehrere Ausschüsse, ganz zu schweigen von der Rolle der Bundesländer, deren aus ihrer internen Kulturhoheit abgeleitete Kulturpolitik nicht immer voll mit den Notwendigkeiten der deutschen auswärtigen Kulturpolitik in Einklang zu bringen ist.

Dies alles engt die Wirkungsmöglichkeiten deutscher auswärtiger Kulturpolitik ein und macht die Bundesrepublik gelegentlich zu einem nicht ganz einfachen Partner in den internationalen Kulturbeziehungen. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß der Föderalismus in der Bundesrepublik ein starkes Element politischer Stabilität bildet. Er und das System der Arbeitsteilung zwischen Bundesregierung und Mittlerorganisationen geben im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik die Sicherheit, daß das Verhältnis zwischen Kultur und Politik ausgewogen und diese Ausgewogenheit demokratisch kontrolliert bleibt.

Generell tut im übrigen auch der Kultur, ähnlich wie der Wirtschaft, innerhalb der internationalen Beziehungen ein gewisser Abstand zur Politik gut, wie sich dies nicht zuletzt in der heute positiven Auswirkung der kulturellen Beziehungen zeigt, die von der Bundesrepublik Deutschland mit Spanien trotz Franco, mit Portugal trotz Salazar und mit Griechenland trotz des Obristenregimes unterhalten wurden. Die ungestörte Fortführung der kulturellen Beziehungen mit einer Reihe arabischer Staaten in den Jahren, in denen die diplomatischen Beziehungen zu ihnen unterbrochen waren, wäre ein weiteres Beispiel.

## Mittler

Kaum daß die Pflege der internationalen Kulturbeziehungen als ein Mittel der Außenpolitik entdeckt worden war, entstanden im Gefolge dieser Entwicklung besondere Organisationen, welche als Mittler zwischen Inland und Ausland die eigentliche Auslandskulturarbeit übernahmen. 1889 wurde in Italien die „Dante Alighieri Gesellschaft“ gegründet, der wenig später im Jahre 1893 die Gründung der „Alliance Française“ in Frankreich folgte. Seit dem Ersten Weltkrieg nimmt dann die Zahl

solcher Institutionen beträchtlich zu. Es entstehen 1925 in der UdSSR die „Allunionsgesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland“ (VOKS), 1935 in Großbritannien der „British Council“, 1938 in der Schweiz „Pro Helvetia“, 1943 in Schweden das „Schwedische Institut für kulturellen Austausch mit dem Ausland“, nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA die „United States Information Agency“ (USIA) usw.

In Deutschland entstanden in der Zeit der

Weimarer Republik die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland als sogenannte „Mittlerorganisationen für die auswärtige Kulturpolitik“ fortgeführten bzw. wiedergegründeten Organisationen: für die wissenschaftlichen Beziehungen der „Deutsche Akademische Austauschdienst“ (DAAD), die „Alexander-von-Humboldt-Stiftung“ (AvH) und die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ (DFG — hervorgegangen aus der früheren „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“), für die allgemein kulturellen Beziehungen das „Goethe-Institut zur Förderung der deutschen Sprache und Kultur im Ausland“ (GI) und das „Institut für Auslandsbeziehungen“ (IfA). 1952 wurde ferner „Inter Nationes“ (IN) für die politische Öffentlichkeitsarbeit und die kulturelle Informationsarbeit gegründet. Einige weitere Organisationen kamen später hinzu.

Alle diese Organisationen werden ganz oder fast ganz von den Regierungen ihrer Staaten aus Steuergeldern finanziert. Sie sind das sichtbare Ergebnis der Erkenntnis, daß die zunehmende politische Bedeutung der internationalen kulturellen Beziehungen deren verbesserte Pflege erforderlich macht. Sie dienen in unterschiedlicher, der jeweiligen grundsätzlichen innen- und außenpolitischen Lage ihres Staates angepaßter Form als Instrumente für eine aus politischen Gründen für notwendig gehaltene auswärtige Kulturpolitik.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden in den letzten rund zehn Jahren die Mittlerorganisationen für die auswärtige Kulturpolitik durch die wachsende politische Bedeutung, die verstärkte Differenzierung und den zunehmenden Umfang der internationalen kulturellen Beziehungen der Bundesrepublik in erhöhtem Maße gefordert. Entsprechend nahmen auch ihre Probleme zu. Sie haben ihren Ursprung bereits in den jeweiligen Gründungen bzw. Neugründungen der fünfziger Jahre und dem anschließenden Auf- und Ausbau dieser Organisationen, die sich je nach Bedarfslage oder unter anderen, heute nicht mehr alle im einzelnen nachprüfaren Gesichtspunkten, aber sicher nicht nach einem von vorneherein auf die Bedürfnisse des Ganzen gerichteten, ordnenden Plan vollzogen. So

ist heute und bleibt wohl noch für geraume Zeit an und in den einzelnen Mittlerorganisationen, aber auch am System dieser Organisationen in seiner Gesamtheit noch manches verbesserungsfähig.

Die Bedeutung und manche Probleme der Existenz und der Arbeit dieser Organisationen sind letzten Endes auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Mittlerorganisationen für die auswärtige Kulturpolitik in der Bundesrepublik eine Stellung zwischen der staatlichen Gewalt und dem von dieser unabhängigen Kulturleben einnehmen. Der Leitgedanke ist, daß die außenpolitischen Entscheidungen und Planungen sowie Globalsteuerung im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik Sache der Bundesregierung sind, während die Verwaltung und die Durchführung der eigentlichen Kulturarbeit im Ausland Sache der Mittlerorganisationen sein soll. Nun ist aber bereits die Kulturverwaltung eine an die Mittlerorganisationen quasi delegierte staatliche Aufgabe. Und sicher können die Organisationen als solche und deren fest angestellte Mitarbeiter bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nicht in demselben Maße wie etwa ein freischaffender Künstler die verfassungsrechtlich garantierten kulturellen Freiheiten für sich in Anspruch nehmen. Andererseits ist für sie ein hohes Maß an kultureller Autonomie nicht nur wünschenswert, sondern unerlässlich. Der beträchtliche Freiraum, der hier den Mittlerorganisationen bewußt eingeräumt ist, liegt somit zwischen einer vollkommenen Konformität mit Staat und Regierung und einem den Staat und die Regierung völlig negierenden Freiheitsanspruch. Ersteres müßte zu einer kulturellen Sterilität führen, letzteres die Arbeit der Organisationen und die Erreichung der Ziele auswärtiger Kulturpolitik beeinträchtigen. Folglich besteht auch in der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Organen und den Mittlerorganisationen unvermeidlich eine beträchtliche Grauzone, in der nur durch pragmatische Vernunft beider Partner Mißhelligkeiten vorgebeugt werden kann. Kein Wunder auch, daß gerade diese Grauzone das besondere Interesse der in Dingen der Freiheit der Kultur und der Meinungsäußerung sensibilisierten Teile der deutschen Öffentlichkeit findet.

## **Karl Dietrich Bracher: Geschichte und Medium. Gedanken zum Verhältnis von Fernsehen und Geschichtsbewußtsein**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/80, S. 3—9

Die Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen historischer Fernsehsendungen ist sowohl durch aufsehenerregende Einzelfälle (Holocaust) als auch durch die zunehmende Auseinandersetzung um Medienpolitik in letzter Zeit verschärft worden. Dabei tritt neben den allgemeinen Fragen der Vermittlung von Geschichtswissen und Geschichtsverständnis, die mit den spezifischen Bedingungen und Wirkungen einer vorwiegend optischen Behandlung historischer Probleme zu tun haben, die besondere deutsche Problematik hervor: Die Brüche und Teilkontinuitäten unserer Nationalgeschichte stellen besondere Anforderungen an die Auswahl, Darstellung und Interpretation historischer Gegenstände. In drei Fragestellungen wird diese Problematik erörtert: gebrochenes Geschichtsbild und historische Identität; sachliche Bezugspunkte und emotionale Faktoren der Fernsehdarstellung zwischen Dokumentation und Dramatisierung; enger Zusammenhang von historischen und aktuellen Sendungen. Die suggestive Wirkung des Fernsehens als Massenkommunikation durch Bild enthält Chancen und zugleich Gefahren, die in ihrer Bedeutung für die Verbreitung und Schärfung, aber auch Veränderung und Manipulation des Geschichtsbewußtseins ernst zu nehmen sind.

## **Günther Schmid: Henry Kissinger und die deutsche Ostpolitik. Kritische Anmerkungen zum ost- und deutschlandpolitischen Teil der Kissinger-Memoiren**

Aus Politik und Zeitgeschichte, 8/80, S. 10—20

Henry Kissingers Beschreibung und Wertung der Bonner Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel im ersten Band seiner Memoiren erscheint auf eigentümliche Weise ambivalent: Seine mit Spannung erwarteten Darlegungen sind nicht immer logisch-schlüssig, teilweise widersprüchlich, spekulativ und in einigen Punkten — was Fakten und Vermutungen betrifft — sogar falsch. Der Autor führt dieses Urteil auf drei maßgebliche Ursachen zurück:

Einmal scheint Henry Kissinger von der außenpolitischen Bürokratie in Washington, die er auf immer neuen Spezial-„Kanälen“ umging und damit aus dem Entscheidungsprozeß weitgehend ausschloß, quasi im Gegenzug aus dem Kommunikations- und Informationsnetz des State Department, vor allem wenn es um die deutsche Ostpolitik ging, ausgeschaltet worden zu sein. Darüber hinaus war Kissingers Aufmerksamkeit wegen seiner Doppelfunktion als Planer und Vollstrecker der amerikanischen Außenpolitik durch andere internationale Ereignisse, Verhandlungen und Krisenschauplätze (China, Vietnam, SALT, Nahost) stark in Anspruch genommen, so daß er sich nur am Rande mit der Bonner Ostpolitik beschäftigen konnte. Überdies schließlich scheint der ehemalige Sicherheitsberater Präsident Nixons und spätere amerikanische Außenminister die konkrete ost- und deutschlandpolitische Ausgangssituation der neuen Regierung in Bonn im Herbst 1969 eher an idealtypischen historisch-objektiven Kriterien als an den damals gegebenen praktisch-politischen wie operativen Voraussetzungen gemessen zu haben.

Dennoch: Kissinger widerlegt in seinen Erinnerungen die beiden am häufigsten gegen die sozialliberale Ostpolitik ins Feld geführten Argumente: Die Information und Unterrichtung über die ostpolitischen Absichten der Regierung Brandt/Scheel war nahezu optimal; die bis dahin betriebene Nichtanerkennungspolitik Bonns gegenüber der DDR konnte mangels weiterer Unterstützung durch die westlichen Verbündeten und zunehmender eigener Isolierung nicht mehr fortgeführt werden.

Am erfolgreichen Abschluß der Viermächteverhandlungen über Berlin hatte Kissinger — zumindest nach seiner subjektiven Darstellung des weitverzweigten Verhandlungsprozesses — entscheidenden Anteil. Allerdings beschreibt er auch hier eine äußerst komplexe multilaterale Verhandlungsrunde aus der einseitigen Perspektive eines Entscheidungssträgers, an dem wichtige Expertengespräche und „Kanäle“ vorbeigeführt wurden. Somit muß letztlich zweifelhaft bleiben, ob es Henry Kissinger, trotz der zahlreichen informativen Details, mit denen er eine nicht geringe ostpolitische Forschungslücke geschlossen hat, gelungen ist, die inneren Antriebsmomente, Motive und Rahmenbedingungen der Bonner Entspannungspolitik ab 1969 richtig einzuordnen.

## Hans Arnold: Zur auswärtigen Kulturpolitik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/80, S. 21—30

immer deutlicher wird in der internationalen Politik die Rolle von grundsätzlich unterschiedlichen Verhaltensweisen einzelner Staaten, Völker und Regierungen, die ihre Wurzeln in den Besonderheiten der jeweiligen Kulturen haben. In einer immer enger werdenden Welt werden die kulturellen Verschiedenheiten politisch spürbarer und bedeutsamer.

Hinter dem Zuwachs an Problemen und der Entwicklung von technischen und organisatorischen Möglichkeiten zur Förderung von internationaler Verständigung bleibt der tatsächliche Fortschritt auf diesem Gebiet noch immer weit zurück, nicht zuletzt wegen des mangelhaften Verständnisses für die Kultur des anderen. Vor diesem Hintergrund gewinnt die kulturelle Komponente internationaler Beziehungen allgemein und in der Außenpolitik jedes einzelnen Staates zunehmend an Gewicht. Für deren aktive Einbeziehung in die Außenpolitik hat sich im deutschen Sprachgebrauch die Bezeichnung „Auswärtige Kulturpolitik“ eingebürgert.

Der Autor fragt, was das eigentlich Politische an internationalen Kulturbeziehungen ist und inwieweit die überkommenen Formen einer staatlichen Förderung dieser Beziehungen heute noch zeitgemäß sind. Er gibt für diese Politik Zielrichtungen an und weist auf bisher noch nicht vollgenutzte Möglichkeiten hin.